

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

19. Sitzung
5. Juni 2023

Beginn: 14.08 Uhr
Schluss: 17.04 Uhr
Vorsitz: Peer Mock-Stümer (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0137](#)
KultEnDe
**Das Beste für Berlin – Richtlinien der
Regierungspolitik im Bereich Kultur**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0138](#)
KultEnDe
**Das Beste für Berlin – Richtlinien der
Regierungspolitik im Bereich Engagement und
Demokratieförderung**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Bevor wir in den TOP eintreten, vielleicht eine kleine Bemerkung meinerseits: Ich fand es sehr charmant, dass Bündnis 90/Die Grünen im Vorfeld einen Fragenkatalog an den Herrn Senator versandt hat, aber – als kleiner Hinweis – es wäre trotzdem schön, wenn man das in den Fristen macht, die wir uns als Ausschuss selbst gegeben haben. Das war jetzt keine Frage an Sie, das war nur eine Feststellung.

Daniela Billig (GRÜNE): Ich würde gern darauf antworten.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Dann dürfen Sie das gern!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank! Die Fristen beziehen sich ja auf die Aktuelle Viertelstunde. Die Fragen, die wir hier eingereicht haben, sind die, die sich uns in der Auseinandersetzung mit dem Koalitionsvertrag aufgedrängt haben und die natürlich auch zu dem Tagesordnungspunkt gehören. Das bedeutet: Wir hätten die uns einfach auch selbst aufschreiben und für uns behalten können. Es ist aber in unserem Interesse und liegt uns sehr am Herzen, dass wir qualifizierte und wirklich tiefgehende Antworten bekommen und das Ganze nicht ein bisschen oberflächlich weggewaschen wird. Deswegen haben wir uns gedacht, dass es in unserer aller Interesse ist, dass wir die Höflichkeit besitzen, die Ihnen vorher zuzuleiten, damit eine bessere Vorbereitung möglich ist. Das war unsere Intention, und ansonsten gibt es für die Tagessordnungspunkte ja keine Deadline. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Frau Abgeordnete Billig, das habe ich ja auch so zur Kenntnis genommen. Ich habe gesagt: Es wäre trotzdem sehr schön, wenn man das dem Senator etwas zeitnaher übermitteln würde. Trotzdem erst mal vielen Dank für Ihre Antwort! – Herr Dr. Juhnke hatte sich gemeldet.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Weil wir gerade bei so „charmanten“ Themen sind: Es ist natürlich sehr freundlich, wenn Sie den Fragenkatalog zur Verfügung stellen. Das finde ich ja nett, aber wenn ich jetzt überlege, dass ich eine qualifizierte Antwort bekommen möchte – man weiß ja auch, dass es in der Verwaltung gewisse Regularien gibt –, dann weiß ich nicht, ob es klug ist, diese am Freitag um 14 Uhr – oder wann auch immer – vorzulegen, gerade wenn Sie sich darauf beziehen, dass der Koalitionsvertrag, auf den Sie ja abstellen, und die Richtlinien der Regierungspolitik ebenfalls schon seit Wochen bekannt sind. Ich weiß nicht, ob da Ihr

zwinkernder Hinweis so ernst zu nehmen ist, wie er gesagt wurde. Wenn man sich ein bisschen mehr an diese Regularien halten würde, wäre der Tatsache, dass Sie eine vernünftige Antwort wollen, noch besser Genüge getan.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Frau Breitenbach hatte sich gemeldet.

Elke Breitenbach (LINKE): Wir haben gar keine Fragen eingereicht und werden trotzdem Fragen stellen. Ich gehe davon aus, dass Personen, die ein solches Amt bekleiden, also Senatorinnen und Senatoren sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, so in der Thematik drin sind, dass sie alle Fragen beantworten können. Deshalb sitzen wir ja heute hier. Jetzt würde ich mich tatsächlich freuen, wenn wir zu den inhaltlichen Themen kommen. Deshalb bin ich persönlich hier, und ich finde, das ist unsere Aufgabe.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Dann soll das auch so sein. Ja, da können wir alle applaudieren.

Dann kommen wir jetzt zur Besprechung. Möchte die Fraktion der CDU oder die der SPD den Besprechungsbedarf zu TOP 3 a begründen? – [Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Der erklärt sich von selbst.] – Der erklärt sich von selbst. – Dann gebe ich dem Senat bzw. dem Herrn Senator das Wort.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Bitte schön!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Medienvertreterinnen und -vertreter! Liebe digital zugeschalteten Gäste und Interessierte! Heute ist meine erste reguläre Sitzung im Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung. Ich möchte sie gern nutzen, um gleich zu Beginn der noch verbleibenden Legislaturperiode die politischen Zielsetzungen aus den Richtlinien der Regierungspolitik für den Bereich Kultur sowie für das neue Politikfeld in meinem Ressort Gesellschaftlicher Zusammenhalt zu benennen und im Anschluss daran, die zehn für uns wichtigsten Aspekte für diese Bereiche vorzustellen und mit Ihnen zu diskutieren. Vielen Dank für diese Gelegenheit!

Im Folgenden möchte ich Ihnen kurz einige der zentralen und vor allem auch die Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt betreffenden Richtlinien der Regierungspolitik noch einmal vor Augen führen. Wir haben uns für eine weltoffene Metropole ausgesprochen, für die Vielfalt und ihren Schutz, für die Verbindung aus Freiheit und Sicherheit, für Regeln und deren Durchsetzung, für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, für ein Zusammendenken der Innenstadt und der Außenbezirke, für nachhaltige klimagerechte Lösungen, für eine mobile und verträgliche Verkehrspolitik, für Bildungschancen für alle, für ein Miteinander von Jung und Alt, für erfolgreiche Unternehmen, gute Arbeit und soziale Sicherheit und dafür, die Kieze im Einzelnen und die Metropole im Ganzen im Blick zu halten.

Für unseren Aufgabenbereich bedeutet das, dass wir die Kunst- und Kulturszene als die DNA der Stadt begreifen und im Fokus haben, die Vielfalt und Freiheit der Kunst schützen und ihre Exzellenz fördern, uns zu einer Stadt des freiwilligen Engagements bekennen, die Interessen aus Wirtschaft und Kultur zusammenbringen, die Innenstadt und die Außenbezirke gemeinsam denken, klimagerechte Lösungen auch in der Kulturarbeit beachten, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften fördern, Nachhaltigkeit im Kulturbereich auch als soziale Aufgabe verstehen, generationsübergreifend und inklusiv agieren, die Arbeit der Kulturschaffenden gerecht gestalten und nicht zuletzt, dass wir Brücken bauen, im Kleinen wie im Großen, für unsere plurale und umfassende Gesellschaft, für den Kiez und für die Metropole Berlin.

Mit der Regierungsbildung ist es gelungen, den Kulturbereich mit dem Arbeitsbereich Gesellschaftlicher Zusammenhalt in meinem Haus zusammenzuführen. Das ist ein guter und richtiger Schritt, denn die Schnittmengen sind erheblich. Unsere Ziele und politischen Schwerpunkte haben wir dazu im Koalitionsvertrag unter den folgenden Kategorien festgehalten: Zukunftsorientierung in der Kultur, Freiräume für die Kunst, gute Arbeit in der Kultur, Kultur für alle, bezirkliche Kulturarbeit, Museen und Erinnerungskultur, Clubkultur und Musikwirtschaft, Berlin als Kulturhauptstadt, Engagement und Ehrenamt, Religion und Weltanschauungen.

Auf der Bühne oder im Museum, in der Gedenkstätte oder in der Bibliothek, in der Musikschule oder im Club – Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind gelebte Praxis, für deren Entfaltung wir Sorge tragen werden, denn Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt bedingen und ergänzen einander in vielen Fällen. Gemeinsam bilden sie die Grundlage und den Kitt unserer Gesellschaft.

Berlin zeichnet mit mehr als 175 Museen und Sammlungen, über 150 Theatern und Bühnen, drei großen Opernhäusern, rund 300 Galerien, etwa 130 Kinos, mehr als 200 Clubs, 83 öffentliche Bibliotheken, einer Vielzahl von Gedenkstätten und Erinnerungsorten, Hunderten religiösen Orten und Einrichtungen und unzähligen Veranstaltungen, die jeden Tag in der Stadt stattfinden, eine exzellente Kultur aus. All das ist durch eine außergewöhnliche Dichte an Künstlerinnen und Künstlern, Kulturschaffenden und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geprägt. Damit diese Schätze unserer Stadt den Herausforderungen aus der Vergangenheit, dem Hier und Jetzt und der Zukunft gewachsen sind, müssen wir uns die Frage stellen, welche Merkmale Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Berlin haben sollen und welche Prioritäten wir in diesem breiten Arbeitsfeld setzen.

In der besten aller möglichen Welten sind Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Berlin erstens: zukunftsorientiert, zweitens: fair, drittens: digital, viertens: resilient, fünftens: exzellent, sechstens: umfassend, siebtens: engagiert, achtens: interreligiös, neuntens: geschichtsbewusst und zehntens: kreativ. Jedes dieser zehn Merkmale steht für unsere Ansprüche an die Politik, die sich mit ganzer Kraft für das Wohl unserer Stadt mit ihren Künstlerinnen und Künstlern, ihren Akteurinnen und Akteuren in den Kunst- und Kultureinrichtungen aber auch ihren Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und vielen ehrenamtlich Engagierten einsetzt.

Diese zehn Merkmale sind gleichzeitig spezifischen Arbeitsfeldern zugeordnet. Die Prioritäten möchte ich Ihnen mit jeweils zwei Beispielen anhand der zehn Merkmale im Folgenden vorstellen.

Erstens: Zukunftsorientiert bedeutet für uns als Senat, dass wir beispielsweise gesetzliche Regelungen entwickeln, die Planungssicherheit geben können. Eine Priorität wird dabei auf der Umsetzung des Bibliotheksgesetzes liegen, ebenso stehen erste Schritte auf dem Weg zu einem Musikschulgesetz aktuell auf der Agenda.

Zweitens: fair. Fair heißt für uns, dass wir auf die sozialen Fragen der Kulturarbeit ein Auge haben. Eine tariflich geregelte Bezahlung und die Einrichtung einer Beratungsstelle bzw. die Förderung bestehender Strukturen auf Bundesebene wären ein erster Schritt. Das Ziel ist ein gutes, den Menschen in den Mittelpunkt stellendes Arbeitsklima in allen Kultureinrichtungen.

Drittens: digital. Digital ist und soll Kultur auch in Zukunft weiter werden. Wir werden deshalb die digitale Ausstattung der Kultureinrichtungen verstetigen, die Strategie der digitalen Entwicklung der Berliner Kultur fortsetzen und dabei das Thema digitaler Wandel und die Folgen für den Kulturbetrieb genauer unter die Lupe nehmen.

Viertens: Kultur muss resilient sein, um auch in Krisenzeiten zu bestehen. Corona hat uns allen und im besonderen allen Künstlerinnen und Künstlern deutlich vor Augen geführt, wie fragil die Grundlagen für Kulturschaffende teilweise sind. Die Unterstützung bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten war und ist dabei ein zentrales Thema. Wir setzen uns deshalb vor allem für die Schaffung und den Erhalt von Kulturräumen ein. Dies gilt ausdrücklich auch für die Berliner Clublandschaft. Exemplarisch dafür steht unser Engagement und die politische Unterstützung für die Künstlergemeinschaft in den Uferhallen.

Fünftens: exzellent. Die Berliner Kultur muss den Anspruch haben, exzellent zu sein und zu bleiben. Exzellent muss zum Beispiel auch – und das ist mir besonders wichtig – die Berufung der Nachfolge Daniel Barenboims sein. Zugleich werden wir einen Fokus auf die Mitwirkung Berlins bei der Neuaufstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz legen. Auch wenn der Bund und alle 16 Bundesländer gemeinsam am Hebel sind, hat Berlin als Sitzland eine besondere Verantwortung und wird maßgeblich an den Weichenstellungen mitwirken, die zu einer größeren Attraktivität der Stiftung für das Publikum beitragen werden.

Sechstens: umfassend. Kulturelle Teilhabe für jede und jeden bedeutet, dass Kultur als umfassend verstanden werden muss, benannt an zwei Beispielen: Wir wollen insbesondere die Kulturangebote für Kinder, Jugendliche und Familien beispielsweise durch die weitere Unterstüt-

zung der Kinder- und Jugendtheater, der Musikschulen und der Jugendkunstschulen stärken. Außerdem arbeiten wir intensiv am weiteren Erhalt von wichtigen kulturellen Angeboten wie dem Karneval der Kulturen.

Siebtens: engagiert. Der Arbeitsbereich Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist mit gutem Grund in meinem Haus verordnet. Kultur stärkt genauso wie Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und Demokratieförderung immer auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit der Einberufung einer Demokratiekonferenz werden wir darauf Antworten finden, wie wir mehr Menschen die Möglichkeit bieten können, sich einzubringen und so bürgerschaftliche Verantwortung zu übernehmen, zugleich werden wir Schritt für Schritt die Berliner Engagementstrategie 2020 bis 2025 umsetzen.

Achtens: interreligiös. Interreligiös bedeutet, dass wir die Förderung religionsübergreifender Zusammenarbeit und Sicherung der soziokulturellen Räumlichkeiten der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Blick haben. Im Fokus steht aktuell dabei exemplarisch die Förderung interreligiöser Projekte wie die Errichtung des House of One, einem religiösen Ort, an dem sich Menschen christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens begegnen, sowie die Errichtung des Drei-Religionen-Kita-Hauses als Lern- und Begegnungsort.

Neuntens: Kultur muss geschichtsbewusst sein. Insbesondere haben wir hier gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und dem Bund die Entwicklung des Campus für Demokratie sowie die Schaffung eines Erinnerungsortes zum Kolonialismus priorisiert, verbunden mit dem Blick nach vorne, indem wir die Zusammenarbeit mit Künstlern aus Afrika intensivieren.

Zehntens: Kultur ist immer auch kreativ. Deshalb müssen sich die kreativen Potenziale der Kunst-, Kultur- und Kreativwirtschaft weiter entfalten können. Vor dem Hintergrund eines kulturellen Epochenbruchs, den wir durch die rasante Entwicklung von Künstlicher Intelligenz erleben, werden wir dieses Thema priorisieren und unter dem Titel „KI in der Kultur Berlin“ eine Expertenkonferenz einberufen.

Weiterhin sehen wir einen Schwerpunkt in dem Bereich Musik- und Kreativwirtschaft beispielsweise bei der „Most wanted Music 2023“, einer der wichtigsten Konferenzen der Musikbranche, die wir durch einen Musikpreis, den „Listen to Berlin Awards“, mitgestalten und als Impuls für den Standort Berlin attraktiver machen wollen.

Damit wir trotz Energie-, Klima- und Wirtschaftskrisen, dem schrecklichen Krieg im Herzen Europas und nicht zuletzt einer sehr angespannten Haushaltslage dem kulturellen und digitalen Wandel gewachsen sind, sollten wir gemeinsam und im Dialog die Herausforderungen für unsere Kultur in Berlin annehmen und vielleicht auch den einen oder anderen politischen Grabenkampf unterlassen. Es geht um mehr als uns, es geht um die Zukunft Berlins. Als Kultursenator werde ich mich gemeinsam mit meiner Staatssekretärin Sarah Wedl-Wilson, meinem Staatssekretär Oliver Friederici, den Abteilungsleitern und Abteilungsleiterinnen sowie den Referatsleiterinnen und Referatsleitern und meinem großartigen Team in der Senatsverwaltung für eine zukunftsorientierte, faire, digitale, resiliente und exzellente sowie umfassende, engagierte, interreligiöse, geschichtsbewusste und kreative Kultur in Berlin einsetzen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen. – Danke schön! – [Beifall] –

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Herr Senator für Ihre Ausführungen! – Gibt es Fragen? – Ich habe es mir fast gedacht. – Frau Billig, Sie sind die Erste!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich weiß jetzt nicht, wie ich damit umgehen soll, ich kann die Seiten noch mal vorlesen, die wir schon letzte Woche eingebracht haben, und ja, Freitag um 12 Uhr ist vielleicht nicht irre viel Zeit, um sich auf den Ausschuss am Montagnachmittag vorzubereiten, aber auch wir sind ja nicht diejenigen, die arbeitslos zu Hause sitzen und die Füße hochlegen, sondern haben auch einen ausgesprochen vollen Terminkalender und bereiten uns nicht eine Woche vorher auf so einen Ausschuss vor.

Wenn wir „die beste aller möglichen Welten“ hätten, dann würde sicherlich alles so ganz easy going durchgehen und bestimmt alles funktionieren. Ich bin ziemlich sicher, dass die meisten der hier anwesenden Fraktionen nicht hier sitzen, um Grabenkämpfe zu führen, sondern es geht uns genau darum, diese zehn Merkmale in die Kultur zu bringen und vor allen Dingen die komplette Berliner Kulturszene und insbesondere auch die Freie Szene noch mehr zum Leuchten zu bringen, sie zu erhalten und zu unterstützen, so sehr, wie sie das braucht. Wir wissen alle, die Decke ist am Ende immer überall zu kurz, aber wir haben jetzt unglücklicherweise nicht „die beste aller möglichen Welten“.

Insofern gibt es doch eine ganze Menge Dinge, auf die ich noch einmal genauer eingehen möchte, die ich genauer nachfragen möchte, aber ich glaube, eine rein praktische Frage haben wir noch nicht geklärt, dass wir doch sicherlich ein Wortprotokoll zu der Sitzung bekommen. Ich weiß nicht, ob davon schon ausgegangen wird, oder wir das, wie in manchen anderen Ausschüssen, am Anfang noch besprechen. Ich wäre jedenfalls ganz glücklich, wenn wir eins bekommen würden, weil wir möglicherweise später noch mal nachschlagen möchten, was insbesondere der Senator und seine Staatssekretäre aber auch die Regierungskoalition zu ihren eigenen Richtlinien uns heute hier erzählen möchten.

Zu den konkreten Fragen: Ein bisschen noch mal zurück zu dem ersten Tagesordnungspunkt, wo wir unter anderem das Thema „Karneval der Kulturen“ hatten. Ich würde gern darauf noch mal zurückkommen, weil das auch in dem Koalitionsvertrag eine Rolle spielte. Inwiefern soll der „Karneval der Kulturen“ von kommerziellen Sponsorinnen und Sponsoren in Zukunft unterstützt werden? Gibt es dazu schon Konzepte? Bezieht sich das jetzt mehr auf die Landeseigenen, wie ich jetzt ein bisschen den Eindruck hatte, oder ist die Idee auch, dass die freie Wirtschaft Berlins da irgendwie beteiligt werden soll?

Ansonsten gibt es natürlich eine ganze Latte von Fragen, um den Koalitionsvertrag ein bisschen durchzugehen. Es ist auffällig, dass da Kultur- und Kreativwirtschaft sehr oft genannt wird – nicht nur im Kulturkapitel, aber auch –, obwohl ja nur sehr wenig von der Kunst- und Kulturwirtschaft – eigentlich fast gar nichts außer vielleicht dem Musicboard, das vielleicht ein bisschen ein Grenzfall ist – in den Einzelplan 9 gehört, und trotzdem steht in dem Koalitionsvertrag unter dem Kapitel Kultur darüber sehr viel. Deswegen interessiert es uns natürlich, ob der neue Senat eine Neujustierung beabsichtigt, ob es da einfach nur um eine bessere ressortübergreifende Zusammenarbeit geht oder ob da vielleicht sogar irgendwie eine Verlagerung von Verantwortungsbereichen angestrebt wird.

Es interessiert uns vor dem Hintergrund der vielen offenen Briefe, die wir in den letzten Tagen bekommen haben, natürlich auch besonders, wie die Konzeptförderung für unabhängige

Companien, von denen es ja in Berlin sehr viele gibt, die international bekannt sind und bewundert werden und von denen auch eine internationale Strahlkraft ausgeht, aussehen soll. Wie sollen diese Companien in Berlin gehalten und unterstützt werden, sogar noch so, dass sie diesen Herausforderungen, die Sie, Herr Senator, gerade auch angesprochen haben, gewachsen sind und für uns in Berlin immer noch ein Magnet, ein Anziehungspunkt sind? Das ist, wie Sie auch gesagt haben, alles ein Aspekt, der Berlin herausstellt und natürlich auch einen finanziellen Benefit bringt. Da sehe ich im Moment ein ganz bisschen einen Zwiespalt zwischen dem, was im Koalitionsvertrag steht, und dem, was gerade aktuell die Praxis zu sein scheint.

Dann ist in dem Koalitionsvertrag auch sehr viel die Rede von Privattheatern und einer Evaluation zur Neuvergabe der Konzeptförderung. Da waren zum Beispiel das English Theatre und das Chamäleon dabei. Da wüsste ich sehr gern, wie da der aktuelle Stand ist bzw. wie Sie sich das für die Zukunft gedacht haben.

Sie haben im Koalitionsvertrag auch den digitalen Wandel erwähnt. Wie soll im Bereich der Digitalisierung mit diesem Fonds konkret umgegangen werden, also was sind da die konkreten Ideen, wie sich die Digitalisierung im Berliner Kulturbereich entwickeln soll?

Sehr interessiert sind wir natürlich an dem Fragenkomplex Arbeitsräume, Kulturraum gGmbH. Da war die Rede davon, dass die Kulturraum gGmbH zur BIM umgelagert werden soll, um Doppelstrukturen und Parallelstrukturen oder -zuständigkeiten zu beseitigen. Hat es da schon mit der BIM Gespräche gegeben? Wie ist da das Feedback, sowohl von der Kulturraum als auch von der BIM? Wie ist das genau gedacht? Denn sicherlich ist in der BIM eine ganze Menge an Expertise zu Immobilien, Immobilienverwaltung, Sanierung usw. vorhanden, aber natürlich jetzt nicht unbedingt die Expertise zu Kulturraumvergabe und den Bedingungen, die Kulturschaffende brauchen. Stehen Sie da noch ganz am Anfang? Gibt es da schon weitere Ideen, wie das ausgestaltet werden soll?

Den Komplex Stadtentwicklungsplan Kultur und Kulturkataster würde ich jetzt hier mal ausklammern, dazu kommen wir ja noch. – Die Alte Münze ist aber ein Ort, mit dem wir uns ja auch schon sehr lang beschäftigen. Was bedeutet die Alte Münze für Sie? Wie wollen Sie die weitere Entwicklung des Standorts Alte Münze gestalten? Gibt es da Veränderungen zum bisherigen Konzept? Oder ist es das gleiche Ziel wie bisher?

Ich würde es hiermit erst einmal belassen. Ansonsten freue ich mich sehr, wenn Sie vielleicht doch noch mal in das Papier, das wir Ihnen geschickt haben, reinschauen und auf die ein oder andere Frage noch einmal eingehen könnten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Herr Senator, Sie haben das Wort! – Vielleicht noch ein Hinweis zum Protokoll, Sie haben ja darum gebeten, dass ein Wortprotokoll erstellt wird. Ich habe bei der Verwaltung gesehen, dass das funktionieren dürfte. Wenn es keinen Widerspruch gibt, dann würde ich hier Einvernehmen festhalten. Gibt es dazu Widerspruch? – [Dr. Robbin Juhnke (CDU): Wir sammeln erst mal!] – Ich habe den Senator vorher gefragt, er möchte einzeln beantworten. Wir können danach gern sammeln. – Wenn es da keine Probleme gibt, dann machen wir ein Wortprotokoll. – Dann erteile ich erst mal dem Senator das Wort, und danach können wir ja ein bisschen sammeln. – Bitte schön!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Vielen Dank für Ihre sehr ausführlichen und weitreichenden Einlassungen! Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, Sie haben richtigerweise festgestellt, dass wir seit knapp vier Wochen im Amt sind. Wir haben die Fragen tatsächlich am Freitag um 14 Uhr bekommen, da war der Senat nicht mehr so arbeitsfähig, aber wir werden trotzdem versuchen, Ihre Fragen so gut es geht zu beantworten.

Ihre erste Frage war, wenn ich mich richtig erinnere, eine Anlehnung an die Frage, die bereits von der SPD gestellt wurde. Diese Frage möchte ich zunächst mal an meinen Abteilungsleiter weitergeben. Es ging um die darstellenden Künste und die Räume, wenn ich das richtig verstanden habe. Es ging um Konzeptförderung oder Projektförderung. Das waren die zwei Stichworte, die im Raum standen, richtig? – Gut. Dann möchte ich das erst mal an meinen Abteilungsleiter weitergeben. Ich hatte mich schon vorhin dazu geäußert, und ich dachte, das wäre Stand jetzt nach vier Wochen ausreichend. Hat Ihnen meine Antwort nicht ausgereicht?

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Dann erteile ich Dr. Schmidt-Werthern das Wort.

Dr. Konrad Schmidt-Werthern (SenKultGZ): Wir haben die Entscheidung entsprechend der ja noch gültigen, vom Senat beschlossenen Richtlinie getroffen. Die Jurys sind eingerichtet, auch dort ist das Verfahren, das in dieser Richtlinie vorgegeben ist, eingehalten worden. Das Theater, um das es geht und das ja auch schon Gegenstand der Frage in der Aktuellen Viertelstunde war, ist nicht so bedacht worden, wie es das Theater erhofft hat. Im Grunde stellen sich zwei unterschiedliche Fragen. Das eine ist die Frage, die ja auch die Jury angesprochen hat: Ist auskömmlich Geld im System? Dazu hat der Senator etwas gesagt, indem er darauf verwiesen hat, dass er das gut versteht, dass die Jury schon seit einiger Zeit sagt, dass in diesem System offensichtlich zu wenig Geld vorhanden ist. – Das zweite Thema, das Sie, glaube ich, auch ansprechen, ist eine Frage konzeptioneller Art. Es gab eine bestimmte Entscheidung, das war vor fünf Jahren, nämlich die Trennung zwischen Institutionen mit und ohne Ort. Dementsprechend fallen jetzt auch die Entscheidungen. Wenn man das anders möchte, dann muss man sich das gemeinsam noch einmal neu anschauen. Sie erinnern sich vielleicht, damals war das ja ein Prozess, den wir gemeinsam, Exekutive und Legislative, gegangen sind. Das kann man wieder evaluieren. Wenn die Koalition, gegebenenfalls mit Ihnen, der Meinung ist, wir sollten das tun, dann werden wir uns dem sicherlich auch annehmen.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Gibt es zu den weiteren aufgeworfenen Fragen noch Beantwortungsbedarf? – Herr Senator?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Ja, und zwar haben Sie auch die Frage aufgeworfen, wie wir mit der Kultur- und Kreativwirtschaft umgehen wollen. Für mich gehört die Kultur- und Kreativwirtschaft, vom Image her sowieso gepaart, zu den wichtigsten Branchen dieser Stadt. Es gibt natürlich nicht zuletzt wegen der Erwerbsbiografien der Akteurinnen und Akteure extreme Schnittmengen, denken wir zum Beispiel an das Urheberrecht. Insofern ist es mir ein Anliegen, diese beiden Bereiche miteinander zu verheiraten. Ich denke aber auch, dass es auch etwas damit zu tun hat – und das ist auch unsere Absicht –, eine Schnittstelle einzurichten, denn mit dem Ressortzuschnitt folgen wir oftmals einer politischen Logik, die in der realen Welt so nicht nachvollzogen wird. Um dem ein Stück weit näher zu kommen, kann ich mir durchaus vorstellen, dass eine solche Schnittstelle Sinn machen würde, um die Menschen, die sich politisch an uns wenden, besser steuern und ihre Anliegen besser bearbeiten zu können.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Gut. Vielen Dank! – Dann würde ich Frau Dr. Schmidt das Wort erteilen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Es sind viele Fragen formuliert worden, und Sie verweisen ja immer wieder darauf, Sie sind erst vier Wochen im Amt. Vielleicht gebe ich Ihnen dann einfach ein paar Bitten oder Erwartungen mit auf den Weg, die natürlich mit dem, was Sie in den Richtlinien der Regierungspolitik schreiben und was Sie auch ausgeführt haben, korrespondieren, wenn Sie zum Beispiel sagen: Sie wollen zukunftsorientiert arbeiten, mehr Sicherheit durch mehr gesetzliche Grundlagen geben, dann würde ich schon sehr gern wissen, welchen Zeitplan es beispielsweise für das Bibliotheksgesetz oder das Musikschulfördergesetz gibt. Wir haben ja auch die Initiative zum Kulturfördergesetz. Sie schreiben, dass Sie das in der nächsten Legislaturperiode umsetzen wollen. Da bleibt die Frage, wie es mit einem Zeitplan für das Bibliotheksgesetz oder auch für das Musikschulgesetz aussieht.

Sie haben ausgeführt, dass Sie „fair“ arbeiten wollen, dass Sie ein gutes Arbeitsklima garantieren wollen, dass Sie soziale Sicherheit gewähren wollen. Da interessiert uns natürlich das Thema der Honoraruntergrenzen, der Tarifsicherheit, aber natürlich auch, wie es mit Ausbildungsplätzen, mit gutem Arbeitsklima für Menschen mit Behinderungen, die wir ja auch in der Theaterlandschaft haben, aussieht. Wir haben mit dem Circus Sonnenstich oder mit dem Theater RambaZamba hervorragende Institutionen. Ist das Thema Inklusion bei fairen Arbeitsbedingungen auch mit im Fokus? – Auch bei dem Thema digital: Gibt es da schon Ideen oder Konzepte für Inklusion, für Barrierefreiheit, schon allein, was den Zugang zu Theatertickets usw. betrifft? Ich hätte gern, dass wir uns dazu in den nächsten Monaten mehr verständigen.

Beim Thema „resilient“ taucht in der Regierungsrichtlinien sehr oft das Thema Evaluation auf. Hier hätte ich auch gern mehr Sicherheit, wie es mit resilienten, krisenfesten Strukturen in Kunst und Kultur im Land Berlin weitergeht. – Wie geht es mit der Jugendkulturkarte weiter? Wir haben erste Ergebnisse, die darauf verweisen, dass es in diesem Bereich sehr erfolgreich läuft, und es würde sich gerade für eine Stadt wie Berlin – und Sie haben ja auch ausgeführt, dass Sie die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stärken wollen – gut machen, das nicht nur zu evaluieren, sondern auch fortzusetzen. Beim Thema „umfassend“ haben Sie auch gesagt, dass Sie die Kinder- und Jugendtheater stärken und stärker in den Blick nehmen wollen. Auch das würde mich freuen, wenn wir das in den nächsten Wochen, Monaten, insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Haushaltsberatungen verstärken.

Es gibt viele Detailfragen, die wir in den nächsten Wochen und Monaten zu klären haben, aber lassen Sie mich eine Frage stellen, und darauf hätte ich schon gern heute eine Antwort, Sie haben bei Ihrem ersten Interview in der Abendschau ausgeführt: Einer Sache kann man sich sicher sein: Nichts bleibt, wie es ist, – da hätte ich gern eine Antwort, wie Sie sich das für die Kultur vorstellen.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Ich würde jetzt noch Herrn Dr. Juhnke das Wort erteilen, dann Frau Breitenbach, und dann gebe ich Ihnen, Herr Senator, noch mal die Gelegenheit zur Beantwortung.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch Ihnen, Herr Senator, für die Ausführungen, die auch auf einer Metaebene etwas begonnen haben und

dargestellt haben, wie Kultur – – Man hört mich nicht? Ich habe immer so eine leise Stimme, die so dezent ist, deswegen bin ich nicht gewohnt, dass man mich nicht hört, aber gut. – Sie haben angefangen, auf einer Metaebene ein bisschen klarer darzustellen, wie Kultur und Gesellschaft zusammenhängen, in welcher Form wir auch durch Kultur unsere Gesellschaft und auch unsere Demokratie erhalten, und darum muss es uns auch gehen. Ich glaube, es war auch richtig, dass Sie das gemeinsam gedacht und auch gemeinsam hier in einer Beantwortung gebracht haben. Das ist auch ein bisschen der Duktus, unter dem wir unsere gemeinsame Arbeit begreifen. Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, dass wir in der Zukunft natürlich auch ein bisschen andere Schwerpunkte setzen wollen, was ja auch in dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen aber auch in den Richtlinien der Regierungspolitik zum Ausdruck kommt, ein gewisser Paradigmenwechsel, der an der ein oder anderen Stelle anklingt, nämlich wenn die Frage gestellt wird, inwiefern Kreativwirtschaft ein Thema ist und ein weiterer Kulturbegriff interessant ist, der sich nicht nur von den bisher geförderten Akteuren ausgehend darstellt, sondern mehr umfasst, wie beispielsweise die Themen, die wir auch an anderer Stelle sehen, dass wir eine ganze Stadt zu versorgen haben und wir vielfach über Innenstadt reden.

Wir müssen, wie gesagt, die Stadt stärker als Gemeinsamkeit denken. Das sind Dinge, die durchaus von Relevanz sind. Wir wissen auch – und da sind wir ja mitten in dem Thema Haushaltsberatungen, die wir nach den Sommerferien gemeinsam zu beginnen, der Senat ist dabei –, man muss jetzt kein Prophet sein, wenn man die Zeitung aufschlägt und sich anguckt, wie sich Steuerschätzungen entwickeln, wie sich die Wirtschaftslage entwickelt, dass die Probleme, die Fragen von Preissteigerungen usw., die viele Akteure betreffen, natürlich auch im Land Berlin Ausschlag finden werden, und wir uns von daher Gedanken machen müssen, wie wir bestimmte Dinge in der Zukunft realisieren können. Das sind alles Rahmenbedingungen, über die wir sprechen müssen, und nichtsdestotrotz muss es uns gelingen, bestimmte Schwerpunkte und bestimmte Signale auszusenden.

Da freue ich mich, dass hier auch viele Fragen angesprochen werden, die für mich Zukunftsthemen sind. Ich nenne vor allem das Thema Digitalität – nicht Digitalisierung oder Digitales oder IT. Das ist ein Begriff, der sich viel weiter erstreckt und verschiedene Ausprägungen hat, die zum Beispiel auf die Sicherung unseres Kulturerbes in der Vergangenheit fußend für die Zukunft beginnen. Die digitale Sicherung ist ein Thema, das man nennen muss. Natürlich spielt in dem Zusammenhang auch die von uns immer wieder diskutierte Ausstattung der Häuser eine Rolle, die allgemein als Not leidend begriffen wurde. Ich würde mich wundern, wenn sich da jetzt Grundlegendes verändert hat. Daran müssen wir arbeiten. Und es geht natürlich um die Außenwirkung, die Auftritte auf digitalen Plattformen usw. Das ist ein ganz wesentliches Thema, das ich für die Zukunftsfähigkeit wichtig finde, und das Thema Digitalität, das ja auch schon der Senator angesprochen hat. Wie verändert Digitalität die Kunst, die Welt der Künstler? Wie verändert Künstliche Intelligenz das ganze Thema? Welche Kunstformen entwickeln sich da? Was heißt das für die Kunst? Das sind alles Fragen, denen wir uns stellen müssen. Ich glaube, da haben wir ein ganz wesentliches Thema adressiert, das aus meiner Sicht in der Vergangenheit bisher nur am Rande eine Rolle gespielt hat. Wir wollen natürlich versuchen, das auch materiell zu unterfüttern.

Ein weiteres Thema, das ich für sehr wesentlich halte, ist die Nachhaltigkeit, auch dazu gibt es in den Regierungserklärungen Ausführungen, dass wir uns darüber systematischer Gedanken machen. Ich glaube, in der Kulturszene ist bei vielen ein großes Bewusstsein dafür da, dass nachhaltiges Handeln eine der großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft ist. Der Senat kann hier vieles tun. Natürlich tut er etwas durch die entsprechende Herrichtung der Gebäude, Dämmung usw., aber darüber hinaus kann man auch durch eine Darstellung und Fügung von Plattformen für Best-Practice-Austausch und andere Dinge gemeinsam voneinander lernen und gemeinsam eine Zukunft errichten, wo miteinander an dem Thema deutlich mehr gearbeitet werden kann. Das haben wir uns auf die Fahnen geschrieben.

Auch das Thema Förderformen wurde schon adressiert. Ich glaube, damit ist auch ein Thema genannt worden, dass in der Vergangenheit mit der Frage, Companien ohne eigene Spielstätte dort in einer Sonderform zu beachten, durchaus fragwürdig geregelt war. Ich glaube, das ist nicht zeitgemäß. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, und das haben wir uns dort auch gegenseitig sehr eindeutig formuliert, dass wir uns zu den genannten Themen aber auch grundsätzlich darüber Gedanken machen wollen, um auch sicherzustellen, dass diese Gruppen, die in, mit und für Berlin gewachsen sind und sich künstlerisch entwickelt haben, dieser Stadt weiterhin verbunden bleiben. Das sollte uns ein Anliegen sein.

Das weiterhin ganz große Thema Räume und Kulturstätten bleibt. Da gibt es verschiedene Ansatzpunkte, die auch in der Vergangenheit eine Rolle gespielt haben, wenn ich an die Kulturraum gGmbH denke, die uns in diesem Ausschuss ja schon häufiger beschäftigt hat und worüber vieles berichtet wurde, Erfolge, aber auch viele Dysfunktionalitäten. In dem Zusammenhang müssen wir uns gemeinsam Gedanken machen, wie wir an der Frage weiter arbeiten werden, weil ich glaube, so, wie es bisher gelaufen ist, hat es teilweise auch dazu geführt, dass viel Zeit verloren gegangen ist, Zeit, die wir besser für die Schaffung von Kulturräumen genutzt hätten. Wir werden uns darüber intensiv Gedanken machen und dieses Thema mit den – was ja nachher noch unter dem Tagesordnungspunkt 4 besprochen wird, deswegen möchte ich da auch nicht weiter vorgreifen – richtigen Instrumenten für eine Stadtentwicklungspolitik, die die Kulturraumerhaltung und die Kulturräumerschaffung unterstützt, verknüpfen. Ich glaube, das ist etwas, das uns an der Stelle ein ganz besonderes Anliegen sein muss.

Das, was der Senator zu den Fragen Museen und Gedenkkultur ausgeführt hat, ist für mich auch ein Zukunftsthema: Nur wer die Vergangenheit begriffen hat oder wer sich der Vergangenheit stellt, kann die Zukunft gestalten. Das ist für mich etwas ganz Wichtiges, ein wesentliches Thema. Deswegen werden wir uns auch weiter mit dem bisher für mich nach wie vor Not leidenden Thema der DDR-Aufarbeitung und den Gedenkstätten widmen. Das sind ein paar Themen, die ich und meine Fraktion für ganz wichtig halten und die wir in der Koalition gemeinsam nach vorne bringen wollen.

Ich will und kann jetzt hier nicht alle Akteure und Sparten benennen, das haben wir auch bewusst versucht – um das auch noch mal vor einem Publikum, in dem ich auch viele aus der Kulturszene sehe, zu sagen –, nicht in den Koalitionsvertrag zu schreiben, weil das letztendlich nicht zum Erfolg führen würde. Man kann nicht jeden aufführen, ohne dass es heißt, wenn jemand nicht aufgeführt wird, dass er keinerlei Interesse findet; sondern wir haben versucht, uns dort etwas genereller zu äußern. Das ist auch der Duktus, der in dem Regierungspapier zu finden ist, und das ist auch gut so.

Wie gesagt, die Rahmenbedingungen sind durchaus ambitioniert. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass ja aktuell im Senat die Haushaltsberatungen laufen. Wir werden uns das dann nach den Sommerferien angucken und sehen, was realisierbar ist und inwiefern wir trotz schwieriger werdenden wirtschaftlichen Horizonts die Schwerpunkte setzen können. Wir haben für den Rest der Legislaturperiode ja nicht mehr wahnsinnig viel Zeit. Deswegen ist es auch richtig, dass wir zügig ins Arbeiten kommen. Dazu sind mit dem, was Herr Senator Chialo hier ausgeführt hat, ganz gute Grundlagen gelegt. In diesem Sinne bedanke ich mich noch mal für das gemeinsame Denken von Demokratie, Gesellschaft und Kultur!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Herr Dr. Juhnke, vielen Dank! – Bevor ich Frau Breitenbach das Wort erteile, hat sich Herr Senator ausbedungen, jetzt schon mal zu antworten. – Herr Senator!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Frau Dr. Schmidt, vielen Dank auch für Ihre Fragenstellungen! Ich wollte, weil Sie ganz konkret waren, auf ein, zwei Punkte eingehen, und zwar die Ausgestaltung des Bibliotheksgesetzes. Da haben wir zumindest als Verwaltung den Ehrgeiz und die Absicht, bis zum Sommer einen ganz konkreten Entwurf und Eckpunkte zum Entwurf des Bibliotheksgesetzes vorzulegen. Wir gehen da also schon einen Schritt weiter.

Da Sie die Tarifsituation angesprochen haben: Als ich bei meinem Antrittsbesuch während der Operntage auch bei den Machern, den Intendanten war, war das eine der spannendsten und am häufigsten gestellte Frage: Wie gehen wir eigentlich mit den Tariferhöhungen um? – Das ist übrigens etwas, das sich durch alle Institutionen zieht. Es ist für uns gerade in den Haushaltsberatungen einer der Schwerpunkte, dass wir die Häuser, die Institutionen und die Projekte dadurch schützen, indem wir diese Tariferhöhungen auffangen, und wir arbeiten jetzt in den letzten Wochen wirklich ganz intensiv daran, dass es so kommt.

Dann haben Sie noch die Jugendkulturkarte erwähnt. Das war ein Erfolg, gar keine Frage. Wir befinden uns aber in einer Situation, in der wir schon evaluieren müssen, weil das eine Post-Coronamaßnahme war, die ganz gezielt eingeführt worden ist, um das Leben nach Corona anzuschieben. In den nächsten Wochen kommt auch der Kulturpass des Bundes, und ich glaube, es macht schon Sinn, sich das alles in seiner Wirkungsentfaltung anzuschauen und daraus dann die nächsten Schritte abzuleiten. Aber dass es sinnvoll war, ist keine Frage. In der aktuellen Situation müssen wir jedoch ganz genau hingucken, inwieweit wir das nach vorne spielen können.

Ein anderer Punkt sei mir bitte noch erlaubt: Ich habe in meinen Ausführungen zuvor über das Programm „KI in der Kultur Berlin“ gesprochen. Ich habe mich eigentlich immer sehr gewundert, warum in der Kulturpolitik bislang das Thema Künstliche Intelligenz nicht solch einen ausufernden Bereich eingenommen hat. Wir erleben gerade, und ich habe es bewusst als Epochenbruch beschrieben, dass es möglich ist, Musikstücke komplett KI-basiert zu veröffentlichen. Das heißt, es gab kürzlich von Drake, einem der größten Künstler der Welt, mit „Weeknd“ ein Stück, in dem alles – Text, Musik und Stimmen – mit Künstlicher Intelligenz hergestellt wurde. Wir haben beispielsweise Literaturwettbewerbe, bei denen Gedichte Preise gewinnen, die durch Künstliche Intelligenz hergestellt wurden. Wir haben Malereien, die durch Künstliche Intelligenz hergestellt wurden und auch Preise gewinnen. Für die Kultur und die Kreativen in diesem Land stellt sich die Frage: Was macht das mit ihnen in puncto Auswertung, Urheberrecht? All das sind Fragen, zu denen wir uns mal politisch hinwenden müssen und vielleicht auch mal unseren Horizont ein Stück öffnen müssen, denn hier geht es um die Beantwortung der Fragen für die nächste Generation.

Ich habe übrigens die Frage von Ihnen nicht gesehen, aber ich glaube, da können wir mal ganz gut die Bälle hin- und herspielen, denn ich weiß, dass Sie das Thema durchaus interessiert. Lasst uns mal wirklich alle gemeinsam uns diesem Feld zuwenden, denn ansonsten werden wir, während sich draußen die Welt radikal verändert, weiter an Themen arbeiten, die es schon immer gab. Aber das ist ein Zukunftsthema, ein Thema, das ich mir ausgesucht habe, um in den restlichen drei verbleibenden Jahren auch eine intellektuelle Flughöhe zu erreichen, sodass wir darauf als Ausschuss, als Senatsverwaltung Antworten geben können.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Herr Senator! – Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Ich will auch noch mal einen Punkt aufgreifen. Bei Zusammenhalt geht es ja auch immer um die Teilhabe von allen. Wenn wir von Teilhabe von allen reden, dann greife ich auch noch mal das Stichwort Inklusion auf, das Manuela Schmidt schon angesprochen hat. Dazu hatten Sie relativ wenig gesagt, und es würde mich noch mal interessieren, welche Vorstellungen Sie von Inklusion für den Bereich Kultur haben. In erster Linie ist das natürlich auch ein Thema für den Bereich Engagement, aber da steht ja

etwas in der Engagementstrategie, die umgesetzt werden soll. Von daher wäre das erst einmal der Zugang für alle Berlinerinnen und Berliner zur Kultur, unabhängig davon, woher sie kommen, welche Sprache sie sprechen und und und. Das ist ein Punkt.

Der zweite Punkt: Es soll ja geprüft werden, ob es ein zentrales Berliner Haus des Engagements geben soll, also ein Haus für eine Stadt dieser Größe. Mich würde tatsächlich Ihre Position dazu interessieren, ob Sie es überhaupt richtig finden, dass es nur ein Haus für eine Stadt mit fast vier Millionen Menschen gibt oder ob es nicht sinnvoller wäre, dezentralere Einrichtungen zu schaffen. Es würde mich interessieren, wie Sie das bewerten.

Ich greife auch noch mal das Stichwort Resilienz in der Kultur auf – das ist der dritte Punkt –, auch das hatten Sie angesprochen. Dann frage ich mal nach der Resilienz in den Engagementstrukturen. Da konnten wir ja während der Zeiten von Corona auch echte Stilblüten erleben. Ehrenamtliches Engagement ist in Krisenzeiten, wie wir alle mehrmals erleben konnten – –

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Wir sind eigentlich noch bei 3 a, Sie sind schon bei Engagement, aber ich wollte Sie jetzt ausreden lassen.

Elke Breitenbach (LINKE): Da der Senator auch Engagement aufgegriffen hat, dachte ich, wir machen das zusammen. Sie müssen das dann noch nicht beantworten. Ich habe noch zwei Fragen, dann beantworten Sie das einfach nachher, wenn wir bei Engagement sind. Da der Senator beide Punkte angesprochen hat, bin ich auf seine Einführung eingegangen. – Die Frage nach Resilienz in den Strukturen von ehrenamtlichem Engagement; es gibt einen konkreten Punkt, wo ich das noch mal deutlich machen will. Im Koalitionsvertrag steht, dass die Mehrsprachigkeit bei den Onlineauftritten der Landesregierung ein ganz wichtiges Thema ist. Ich finde, dass das ganz viel mit Resilienz zu tun hat. Bisher war das auch in Krisenzeiten nicht immer sofort möglich. Deshalb würde mich interessieren, wie Sie das jetzt umsetzen wollen. Das war jetzt fast der letzte Punkt.

Meine allerletzte Frage betrifft die Religionsgemeinschaften. Auch dazu hatten Sie etwas gesagt, mich würde aber interessieren, wie Sie in diesem Zusammenhang mit den vielen Menschen in dieser Stadt umgehen wollen, die gar keiner Religionsgemeinschaft angehören. Für die muss es ja irgendwie auch ein Angebot geben. Dazu haben Sie sicherlich auch Vorstellungen. Das würde mich interessieren.

Und noch einmal: Wenn wir das trennen wollen – wir machen erst Kultur und dann den anderen Bereich –, ist das für mich völlig okay, dann stellen wir das nach hinten. Ich habe jetzt nur nachgefragt, weil Sie alles aufgegriffen haben.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Vielen Dank, Herr Senator! – Nein, ich entscheide nicht, sondern wir entscheiden – so viel Spaß muss sein.

Wir wollten ja eigentlich in TOP 3 b die Richtlinien im Bereich Engagement und Demokratieförderung thematisieren. Nun muss ich fragen, gibt es vonseiten des Senats noch eine eigene Stellungnahme? Wenn dem nicht so ist, könnten wir beide Punkte zusammenziehen und gemeinschaftlich behandeln. – Ich sehe da Einvernehmen, dann machen wir das so. – Dann müsste ich bloß noch mal zum Thema Wortprotokoll fragen. Ich gehe davon aus, dass wir darüber auch Einvernehmen haben, dass das dann gemeinsam protokolliert wird. – Ich sehe,

dass ist der Fall. Gut, dann machen wir das so. Dann machen wir 3 a und 3 b zusammen. – Dann bekommt der Senator zur Beantwortung der Frage das Wort. – Bitte schön!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Vielen Dank! – Ich gebe die Frage weiter an meinen Staatssekretär Oliver Friederici.

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind ja eine ganze Reihe von Fragen aus verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenhalts gestellt worden. Ich hatte ja bereits in der ersten Sitzung gesagt, dass wir im Bereich der Engagementstrategie die Punkte, die die Vorgängerlandesregierung aufgeworfen hat, im Wesentlichen übernehmen werden und momentan hinsichtlich dieser Strategie keine Änderungen planen. Wir evaluieren gerade die Durchsetzungsfähigkeit, und die Ergebnisse dieser Evaluation hängen auch maßgeblich von der Finanzierbarkeit ab, wie jedes Projekt, das wir im Land Berlin anstoßen. Da sind wir auch sehr gern auf die Hilfe, die Zuarbeit und den Input aller hier im Abgeordnetenhaus vertretenden Fraktionen angewiesen, nehmen das auch sehr gern auf und freuen uns auch auf die Haushaltsberatungen. Soweit ich gehört habe, plant das Parlament auch eine Haushaltsberatung im Fachausschuss, sodass wir uns dann thematisch und inhaltlich diesen Themen etwas tiefer stellen können und werden, als es vielleicht in einer Haushaltsberatung des Hauptausschusses möglich ist.

Zuerst wurde nach der Inklusion gefragt. Alles, was in einer Großstadt wie Berlin mit 3,7 Millionen Einwohnern geplant ist – nicht nur der Kultur, in der Verkehrspolitik oder in der Schulpolitik sondern in ganz vielen Dingen –, ist so gedacht, dass Inklusion so weit wie möglich realisiert werden muss und kann, wenn man sie von Anfang an mitdenkt. Von daher befinden wir uns in der Tradition dessen, was auch in der Engagementstrategie steht.

Verehrte Frau Breitenbach! Sie hatten zum Haus des Engagements gefragt, wie da das Vorgehen ist. Wir prüfen nach wie vor das Vorhaben, aber ich sage es Ihnen gleich: Wir prüfen eher dezentrale Standorte. Was hilft es uns, wenn wir am Alexanderplatz oder wo auch immer in der zentralen Mitte Berlins einen zentralen Standort haben werden, der ein Haus des Engagements sein wird, möglicherweise relativ groß, mit Diensten, langen Öffnungszeiten und Möglichkeiten des Treffens und der Zusammenkunft, wenn wir auch Köpenick und Frohnau, um mal zwei Ortsteile zu nennen, mitdenken müssen? Wir stellen uns das dezentraler vor, das sage ich Ihnen ganz deutlich. Die Umsetzungsschritte, wann wir das tun, kann ich Ihnen noch nicht sagen. Wir prüfen momentan, wie die Handlungsrahmen, die Eckdaten und die Linien sind, die wir uns überlegen.

Sie haben auch zur Resilienz gefragt. Hinsichtlich Demokratieförderung gab es gerade zu Zeiten von Corona – Sie sprachen es an – einige Stilblüten, die auch bis heute anhalten, Sie merken es auch in der Diskussion, wer beim Angriffskrieg auf die Ukraine schuld ist. Da sind wir sehr klar aufgestellt. Die Resilienz gegen Extremismus ist einer der Grundpfeiler der demokratischen Entwicklung, die wir im Senat anstreben. Dazu gehört nicht nur, dass wir ein ordentliches Gemeinwesen anbieten, sondern auch die Möglichkeit, dass sich Menschen engagieren, deswegen auch die vom Senator angesprochene Demokratiekonferenz, die wir in diesem Jahr planen. Das soll die größte Demokratiekonferenz werden, die wir in Europa jemals hatten. Wir sind da in den Anfangsphasen, und das haben wir uns auch für die Planungen des Jahres fest vorgenommen, damit Sie wissen, dass wir dieses Thema sehr ernst neh-

men. Resilienz gegen Krisen ist das eine, Resilienz gegen Extremismus das andere. Resilienz muss auch auf Notlagen Antworten geben. Das darf ich Ihnen an einem wunderbaren Beispiel erklären oder noch mal in Erinnerung rufen: Die großen Flüchtlingsströme aus der Ukraine konnten gar nicht von Politik, Verwaltung und Administration gewährleistet werden – nein, es waren die Privaten, die Ehrenamtlichen, denen wir in tiefstem Maße Anerkennung zollen, dass das gelungen ist. Ich denke nur an das Ankunftszenrum und die Erstaufnahme und die Erstversorgung am Berliner Hauptbahnhof.

Sie sprachen die Mehrsprachigkeit an. In einer Stadt wie Berlin, in der momentan 178 Nationen vorhanden sind, also aus jedem Land dieser Welt wohnt jemand hier, ist es klar, dass wir nicht jede Sprache zugänglich machen können, aber dass wir dem, das sehen Sie in vielen Infrastruktureinrichtungen, sei es in Ordnungsämtern, Wohnungsämtern, aber auch in der Schule, Rechnung tragen. Ich rufe die Thematik der Willkommensklassen in Erinnerung, in denen man es ja speziell darauf angelegt hat, gerade in der ersten Flüchtlingswelle der Jahre 2015/2016, den Kindern, die teilweise ohne Erwachsene hierhergekommen sind, eine Heimat zu geben, damit sie sich hier zu Hause fühlen, sich integrieren und Berlin als ihre neue Heimat erkennen. Genauso ist es beim Angriff Russlands auf die Ukraine mit den neuerlichen Flüchtlingsströmen gewesen, als sie vor 14, 15 Monaten begannen, und wir sagten, dass wir die Mehrsprachigkeit sofort ausbauen. Sie erinnern sich vielleicht auch noch an diese Zeit. Wenige Tage später war man zum Beispiel im Berliner Verkehrsnetz, aber auch in vielen anderen Bereichen der Verwaltung, in der Lage, im Bereich Vermittlung von Sprachen bei Lautsprecherdurchsagen und Serviceangeboten sehr kurzfristig Lösungen anzubieten.

Die letzte Frage aus dem Kreis der Linkspartei war zum Thema Religionsminderheiten, Religionsmehrheiten oder Religionszugehörigkeiten. Wissen Sie, wir sehen Berlin nicht als Zugehörigkeit zu einer Religion, wir sehen Berlin als Ganzes. Darunter subsumieren wir Religionsangehörige oder Menschen, die sich dazu zählen, aber auch Menschen, die gar keiner Religion angehören. All die müssen sich in dieser Stadt wohlfühlen; das verstehen wir unter gesellschaftlichem Zusammenhalt – Konflikte aufzulösen und nicht zu suchen. Da bedeutet es auch gerade im Bereich der Religionsgemeinschaften, der Kirchen, dass wir zusammenstehen. Ein wichtiger Aspekt ist die unverbrüchliche Freundschaft – und das sage ich als Manifest dieser Landesregierung, dieser Koalition – zu unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserer Stadt. Das ist unverwüstlich und unveränderbar. Das möchte ich an dieser Stelle noch mal deutlich erwähnen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Bevor ich jetzt weiter gehe, möchte ich kurz sagen, wer sich alles auf die Redeliste gesetzt hat: Das ist Herr Krüger, Frau Kühnemann-Grunow, Frau Neugebauer, Herr Trefzer, Frau Billig, Herr Naumann, Frau Radziwill, Frau Wolff und Herr Wesener. Im Hinblick auf die Zeit und darauf, dass wir noch andere wichtige Tagesordnungspunkte heute besprechen wollen, würde ich gern die Redeliste schließen, wenn es an der Stelle keinen Widerspruch gibt. – [Zuruf] – Das hängt von den Antworten ab? Gut. Aber ich würde mich freuen, wenn wir uns grundsätzlich daran halten können. – Ich erteile jetzt erst einmal Herrn Krüger, unserem Geburtstagskind, das Wort.

Louis Krüger (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich versuche, mich kurz zu halten und kein Koreferat daraus zu machen. Eingangs wurde ja die kulturelle Bildung angesprochen, die ich nicht nur als Aufgabe der Kinder- und Jugendtheater oder der Musik- und Jugendkunstschulen verstehe, sondern aller Kultureinrichtungen, die wir in dieser Stadt haben. Deswegen die Frage:

Wie können und sollen auch in den sogenannten großen Kulturreinrichtungen Standards und Ressourcen für diese Aufgabe verankert werden? – Wie steht der Senat zur Einrichtung eines Runden Tisches für die kulturelle Bildung, der gefordert wird? – Kulturelle Bildung ist nicht zuletzt auch in der Schnittstelle zum Thema Bildung und Schulen sehr relevant, einerseits durch den Ganzttag und die Angebote, die dort stattfinden, andererseits da der Lehrkräftemangel an unseren Schulen grassiert und vor allen Dingen die Fächer Kunst und Musik betrifft, die häufig ausfallen. Daher die Frage: Welche Rolle sieht da die Kulturverwaltung für sich, bzw. wie soll in diesem Feld die gemeinsame Arbeit mit der Bildungsverwaltung in den nächsten dreieinhalb Jahren gestaltet werden?

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Möchten Sie direkt antworten, oder wollen wir wieder sammeln? – Direkt! Herr Senator!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Ich beantworte Ihnen zumindest die erste Teilfrage und würde die zweite Teilfrage gern weitergeben. Wir haben ja in den Koalitionsverhandlungen verankert, dass die kulturelle Bildung bei den großen Institutionen auch im Rahmen der Förderung eingepreist werden muss. Insofern leisten wir dem Vorschub.

Helge Rehders (SenKultGZ): Die Frage war, inwiefern die kulturelle Bildung auch als Politikfeld noch mal einen Neuaufschlag erhält. Wir haben in der Tat vor, dort noch mal eine Initiative zu starten. Wir würden uns gern auch die kulturelle Bildungsarbeit in den Einrichtungen strukturiert anschauen, auch in den Schnittstellen sowohl zur Bildungsverwaltung als auch zur Jugend. Wir müssen noch mal intern reden, wie das ganz genau vor sich geht, aber das Thema ist auf jeden Fall auf der Tagesordnung und ziemlich weit oben.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank für die Beantwortung! – Frau Kühnemann-Grunow!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben ja hier heute eine Generaldebatte, und viele der Fragen und der Anregungen, die heute hier geäußert wurden, muten ein bisschen mehr nach einer Sachstandsdebatte an. Ich glaube auch, dass wir im Einzelnen viele der Themenfelder, die hier schon angesprochen wurden, im Laufe der Legislatur und im Laufe der nächsten Sitzungen immer wieder aufrufen werden.

Ich finde es wichtig, dass die Koalition darstellt, was die großen Linien sind. Zu dem Runden Tisch, der zum Thema kulturelle Bildung gefordert ist, sage ich mal: Wir haben einen Rahmenvertrag zur kulturellen Bildung; wenn es hier den Wunsch gibt, diesen Runden Tisch einzuführen, dann werden wir in den Haushaltsberatungen darüber sprechen, inwiefern wir da den Institutionen entgegenkommen können. Das ist dann aber etwas, was der Ausschuss gemeinsam mit der Senatsverwaltung bewerkstelligen kann.

Ich würde schon gern auf die großen Themen eingehen, weil: Generaldebatte. Ich komme jetzt auch zum Thema Kultur zurück. Es geht gerade so ein bisschen drunter und drüber, aber das ist okay, das ist ein neuer Senatszuschnitt, und daher müssen wir gucken, dass alle Themen auch ihren Platz finden. Ich bin aber sehr dankbar, dass der Senat schon etwas zu dem Zeitrahmen für das Bibliotheksgesetz gesagt hat. Das war eines der großen Gesetzesvorhaben, die wir uns für die Legislaturperiode vorgenommen haben, und die Koalition aus CDU und SPD steht voll hinter diesem Gesetzesvorhaben. Wir haben jetzt schon den ersten Zeithorizont

bekommen, und das nächste große Gesetzesvorhaben, das in der Pipeline ist, wird dann das Musikschulgesetz sein. Wir haben sogar auch noch aufgenommen, dass wir Vorarbeiten für ein Kulturfördergesetz starten wollen. Hier wird also noch mal ganz deutlich, dass es uns wichtig ist, qualitative aber auch quantitative Standards zu setzen. Die werden alle am Ende auch mit Geld verbunden sein, das ist uns wichtig.

Uns ist das ganze Thema Kulturräume wichtig. Da haben wir, glaube ich, auch als Parlamentarierinnen und Parlamentarier bewiesen, dass wir uns da die letzten anderthalb Jahre sehr detailliert auseinandergesetzt haben, auch mit den einzelnen Sparten und dem ganzen Thema Kulturraum gGmbH. Da werden wir irgendwann auch in die Evaluation gehen, aber wir wissen selbstverständlich, dass Räume das drängende Thema ist, dem wir uns widmen müssen. Da spielt auch die Alte Münze rein, die wir selbstverständlich weiterentwickeln wollen, wo wir uns auch der Charta, die erarbeitet wurde, verbunden fühlen und die wir auch als Maßgabe für wichtig erachten, dennoch sind das alles Punkte, die in dieser verbleibenden Legislaturperiode für uns wichtig sind, auch das ganze Thema gute Arbeit, das angesprochen wurde.

Bis jetzt werden Tariferhöhungen – das ist Systematik – übernommen, wir werden das auch so weiterführen wollen, auch das ganze Thema Inklusion und auch noch mal spezifisch das Thema Frauenförderung.

Wir haben uns sehr deutlich dafür ausgesprochen, dass wir selbstverständlich Fairstage fortführen wollen, aber wir wollen uns auch Gedanken machen, wie wir beispielsweise die Initiative Fair Share, die nämlich genau darauf guckt, wo Frauenförderung stattfindet, unterstützen können.

Das Thema weiße Flecken ist angesprochen worden. Wenn wir von Kultur sprechen, sprechen wir immer viel vom Innenstadtring, sowohl Robin Juhnke als auch ich haben unseren Wahlkreis an der Stadtrandlage. Wir sprechen hier viel von weißen Flecken, auch als wir die große Anhörung zu Kinder- und Jugendtheater hatten. Es ist uns ein wichtiges Thema zu gucken, wo wir Kulturangebote in die Breite der Stadt bringen. Das hat auch damit etwas zu tun, dass wir bestimmte Dinge, die wir zur Coronabewältigung – Ich finde es völlig richtig, sich die noch einmal anzugucken und zu evaluieren. Da kann man zum Beispiel auch überlegen, ob man nicht Gelder beispielsweise auch in die Bezirke gibt, sodass da vielleicht vor Ort noch etwas stattfinden kann.

Ich habe heute nicht ohne Grund die Frage nach „Nico and the Navigators“ gestellt, und der Senator hat deutlich gemacht, dass das Haus da einer alten Systematik gefolgt ist. Das ist völlig richtig. Wir haben während der Koalitionsverhandlungen viel über das Omnibussystem und über Jurys gesprochen und auch darüber, ob das bei diesen großen Companien Sinn macht. Dementsprechend wird das etwas sein, womit wir uns hier auseinandersetzen müssen und wo wir uns überlegen müssen – das ist auch schon ein Vorgriff auf die Haushaltsverhandlungen –, wie wir damit umgehen wollen, wenn wir diese großen Companien in Berlin halten und denen auch etwas bieten wollen. Das zur Generaldebatte.

Ich glaube, die einzelnen Punkte und auch der Fragenkatalog von Bündnis 90/Die Grünen sind Dinge, die wir auf dem Schirm haben, die wir gemeinsam hier im Ausschuss auch noch einzeln aufrufen werden und wozu es dann wahrscheinlich auch noch die eine oder andere Anhörung sowie Besprechungspunkte geben wird. Aber vielleicht erst mal das: Kulturräume sind das große Ding, und wir haben große Gesetzesvorhaben. Wenn wir das alles in den dreieinhalb Jahren gemeinsam mit der Senatsverwaltung wuppen, dann sind wir im Kulturbereich, unabhängig von den Detailfragen, sehr weit vorne. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Möchten Sie direkt darauf antworten, oder darf ich weitergeben? – Dann gebe ich jetzt an Frau Neugebauer weiter.

Laura Neugebauer (GRÜNE): Meine Frage geht in Richtung Bibliotheksgesetz. Das ist ja jetzt nichts, wo die Verwaltung neu einsteigen muss, das ist ja eine Sache, die in den letzten Jahren schon einen Vorlauf hatte. Ich möchte an der Stelle fragen, inwiefern bei der Aufsetzung des Bibliotheksgesetzes bereits im kommenden Haushalt, der jetzt mitverhandelt wird, die Finanzierungsfrage miteinfließt, wie die Ziele, die darin festgeschrieben werden, potenziell umgesetzt werden können, wo der Senat seine Schwerpunkte in diesem Gesetz sieht, welche Ziele mit diesem Gesetz erreicht werden sollen und ob eventuell auch noch mal die Förderung, insbesondere die Art und Weise, wie sich in dem Bereich die Produkte zusammensetzen, überdacht werden wird.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Herr Senator, Sie haben das Wort!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Ich möchte derzeit den Haushaltsberatungen nicht vorgreifen, da wir genau mittendrin stehen. Ich glaube aber, dass diese Runde früh genug darüber informiert wird. Den Rest würde ich gern Herrn Rehders übergeben.

Helge Rehders (SenKultGZ): Vielen Dank! – In der Tat haben wir ja schon auf Grundlage der Bibliotheksentwicklungsplanung, die ja 2019, 2020, 2021 lief, ganz wesentliche Dinge angeschoben, die auch Teil eines Bibliotheksgesetzes werden. Ich erinnere nur an den Bibliotheksstärkungsfonds aber auch an die aus den EFRE-Mitteln gespeisten Fonds für die digitale Anschlussfähigkeit von Bibliotheken und an die Versammlungsfähigkeit, das AVA-Programm. Wir haben da schon relativ viel. Wir werden natürlich weiter eine Umsetzung der Bibliotheksentwicklungsplanung parallel zum Bibliotheksentwicklungsgesetz erarbeiten. Die beiden Instrumente sind ja von Anfang an so gedacht, dass sie sehr eng miteinander verzahnt sind. Die Bibliotheksentwicklungsplanung bereitet sozusagen das Bibliotheksgesetz vor, und wesentliche Dinge aus der Planung, das wird dann auch in Eckpunktepapier nachlesbar und nachprüfbar werden, werden dann in gesetzliche Grundlagen gegossen.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Herr Abgeordneter Trefzer!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Senator! Ich darf noch mal kurz meine Funktion hier ernennen, weil Sie letztes Mal nicht da waren: Ich bin Sprecher für Erinnerungspolitik, Religion und Engagement meiner Fraktion.

Ich wollte das Augenmerk auf das Thema Erinnerungspolitik richten. Sie hatten jetzt im Prinzip die Ankündigung im Koalitionsvertrag wiederholt, dass Sie die Gedenkstätte Hohenschönhausen, den Campus für Demokratie und auch die Keibelstraße weiterentwickeln wollen. Ich wollte Sie einfach nur fragen, ob Sie schon Ideen haben, wie das alles funktionieren soll. Wir hatten gerade Ende April wieder ein Hearing am Campus für Demokratie, Herr Haustein war auch zugegen, wo einige Ideen entwickelt wurden. Es soll ja dort ein Archivstandort entwickelt werden, aber die kulturelle und auch die erinnerungspolitische Nutzung ist ja im Wesentlichen noch offen. Haben Sie eine Vorstellung, ob das mehr ein fokussiertes Konzept werden soll, das sich gezielt mit Erinnerungspolitik beschäftigt, oder wollen Sie da auch einen kulturellen Standort schaffen?

Beim Thema Keibelstraße haben Sie ja jetzt den Hut auf, nachdem das lange bei der Bildungsverwaltung war und über viele Jahre nicht wirklich in die Gänge gekommen ist. Die Machbarkeitsstudie liegt auch da schon lange vor. Ich wollte fragen, was da der Stand der Dinge ist. Ist es für Sie eine Priorität, die Gedenkstätte in der Keibelstraße jetzt rasch voranzubringen? Wie gehen Sie damit um?

Dann darf ich mir noch eine Frage zur Gedenkstätte Hohenschönhausen erlauben. Ihre Fraktion hat ja vor nicht ganz zwei Jahren nach dem Untersuchungsausschuss zur Entlassung von Hubertus Knabe ein Minderheitenvotum vorgelegt, in dem festgestellt wurde, dass Hubertus Knabe Opfer einer Intrige durch den Kultursenator Lederer wurde. Ich wollte Sie an der Stelle fragen, wie Sie mit diesen Erkenntnissen umgehen. Ist das für Sie noch von Belang? Planen Sie vielleicht eine Rehabilitierung von Hubertus Knabe, eine Umsteuerung in Hohenschönhausen, den Hebel da noch mal umzulegen und das, was Ihnen Ihre Fraktion in diesem UA-Bericht reingeschrieben hat, vielleicht doch noch ein Stück weit aufzugreifen?

Ein weiterer Punkt ist der Umgang mit der kolonialen Vergangenheit. Das wäre Punkt 11 von den Grünen. Sie haben sich im Koalitionsvertrag darauf festgelegt, den Gedenkort zur Kolonialvergangenheit weiterzuentwickeln, aber wir haben auch die Frage, wie es denn mit dem gesamtstädtischen Aufarbeitungskonzept aussieht. Halten Sie in der Form, wie es die bisherige Koalition gemacht hat, daran fest? Wollen Sie es so fortführen? Oder wollen Sie da andere Akzente setzen? Ich habe mir noch mal die Plenardebatte von April 2019 angesehen und geschaut, was der Kollege Juhnke aus Ihrer Partei dazu zu sagen hatte, und da habe ich doch sehr kritische Töne vernommen. So hat Herr Junker damals gesagt:

Und nun wird hier offenbar das Thema der sogenannten Dekolonialisierung vorgebracht, und es werden angebliche gesamtstädtische Defizite in der Würdigung des Themas behauptet. Es wird ein Sammelsurium an Initiativen vorgelegt, ein bisschen Antidiskriminierung, ein bisschen Kultur-, ein bisschen Klientelpolitik, ein bisschen Außenpolitik und ganz viele moralische Wohlfühlinszenierung.

So der Kollege Juhnke damals. – Ich gehe davon aus, dass Sie jetzt als Kultursenator der Fraktion, die von Herrn Juhnke gestellt wird, diesen Impuls ein Stück weit mitnehmen und dieses Aufarbeitungskonzept noch mal auf den Prüfstand stellen. Vielleicht könnten Sie dazu auch noch etwas sagen, Herr Senator.

Dann wollte ich natürlich auch das Thema BDS und Antisemitismus ansprechen. Wir hatten ja letztes Jahr den Antisemitismusskandal auf der Documenta in Kassel, aber nicht nur in Kassel, wir hatten ja hier am HKW, am Haus der Kulturen der Welt, diese unselige Konferenz „Hijacking Memory“, wo antisemitischen Statements Applaus gezollt wurde. Jetzt gab es ja gerade am Wochenende den Neustart des HKW. Hier die Frage: Wie gehen Sie damit um? Haben Sie ein Konzept, um BDS einzudämmen, einzugrenzen? Wie wollen Sie sicherstellen, dass an Berliner Kulturinstitutionen keine antisemitische Propaganda gemacht wird? – Vielen Dank! Das wären erst mal die Punkte aus meinem Bericht. Kollege Eschricht ergänzt dann noch für den Bereich Kultur.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Zur Beantwortung der Herr Senator!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Vielen Dank für Ihre Fragen! Ich fange jetzt mal mit der Frage zu Knabe und Lederer an. Für mich gestaltet sich die Situation relativ einfach: Ich habe vor vier Wochen das Haus übernommen, und ich schaue nach vorne, ich schaue nicht zurück. Mehr kann und will ich ehrlicherweise dazu nicht sagen, weil ich denke, der Blick ist jetzt in diesem Fall nach vorne gerichtet.

Die kolonialen Vergangenheit ist natürlich auch ein Thema, das uns sicherlich aktuell beschäftigt. Wir haben mit den Benin-Bronzen in den Medienberichterstattungen in den letzten Wochen gesellschaftlich sehr intensiv geführte Diskussionen gehabt, bei denen man sich die Frage gestellt hat: Kann die nigerianische Familie diese Raubkunst der Eigentümerfamilie zurückgeben, oder sollte man das so ausgestalten, dass auch die Öffentlichkeit Zugang zu diesen historischen Kulturgütern hat? Meine Haltung war jedenfalls immer, dass nach der Rückgabe, das habe ich auch im Parlament seinerzeit ausgeführt, die Menschen selbst darüber bestimmen sollen, was sie mit diesen Kulturgütern, in diesem Fall mit den Benin-Bronzen, machen. Aber zu Ihrer konkreten Frage zu der kolonialen Vergangenheit: Das ist natürlich etwas, was wir uns als Senatsverwaltung und ich mir persönlich noch genauer anschauen

muss. Ich denke, wir werden in den nächsten drei Jahren hier zusammensitzen, und dann werde ich mich auch konkret dazu verhalten.

Sie haben dann noch über die Keibelstraße gesprochen. Das hat bei uns Priorität, gar keine Frage, aber wir stehen am Anfang, und das ist sicherlich auch ein Finanzierungsthema, insofern nicht unterkomplex.

Dann haben Sie das Thema BDS angesprochen. Wir haben ja vor einigen Wochen Roger Waters in Berlin gehabt. Ich glaube, ich habe mich dazu eindeutig positioniert. Ich bin auch sehr froh, dass mein Staatssekretär Oliver Friederici hier vorhin eine ganz klare Haltung, nicht nur im Namen der Senatsverwaltung, sondern ich denke auch im Namen des gesamten Senats artikuliert hat, dass es für Antisemitismus in jedweder Form keinen Platz gibt. Dazu werden wir uns auch immer glasklar positionieren, da gibt es keine zwei Meinungen.

Was das Haus der Kulturen der Welt angeht, war ich am Wochenende bei der Öffnungsfeier. Es war wunderbar, richtig großartig. An dieser Stelle auch noch mal eine Gratulation für diese sehr eindrückliche Einweihung! Auch alle anderen haben sich an die demokratischen Regeln des Landes zu halten. Mehr muss man dazu nicht sagen. – [Zuruf von Martin Trefzer (AfD)] – Campus der Demokratie? Danke schön! Es waren einige Punkte, die Sie angesprochen haben. Campus der Demokratie ist etwas, das wir mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und dem Bund gemeinsam machen. Das ist nicht nur allein in unserer Hand. Insofern wird es dazu ja auch Abstimmungsgespräche geben, und ich freue mich, wenn wir dazu in den nächsten Wochen miteinander weiter eintauchen können.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Herr Senator! – Frau Abgeordnete Billig!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es ist jetzt mehrfach gesagt worden, dass wir hier schon sehr ins Detail gehen, aber Sie müssen entschuldigen, dass wir natürlich alle sehr neugierig sind, was hinter den Dingen, die im Koalitionsvertrag stehen, eigentlich steht. Wir kennen diese Verfahren selbst aus eigener Erfahrung, da wird ganz hart gerungen, da haben wir alle lange Texte und große Projekte im Kopf, und am Ende wird es dann auf ein, zwei Sätze eingeschrumpft, manchmal sogar nur einer. Natürlich ist das für uns und für die Stadtgesellschaft ganz wichtig, was das bedeutet. Ich dachte eigentlich, dass die Sitzung heute auch ein bisschen dazu da ist, dass Sie uns das Kulturkapitel des Koalitionsvertrags ein bisschen näher bringen. Ich habe da vor allem einen Satz, den ich total toll fand, ich habe mich unglaublich darüber gefreut, dass der drinstand, nämlich der Satz: „Wir setzen uns für den Erhalt der Kulturbrauerei ein“. Möglicherweise ist es Ihnen ähnlich wie mir 2021 gegangen, ich habe verdammt hart dafür gekämpft, dass dieser Satz in dem alten Koalitionsvertrag drinstand, allerdings in einem anderen Kapitel, und hatte eigentlich viele Sätzen dazu. Der eine blieb übrig, immerhin, war mir auch ganz wichtig, trotzdem möchte ich gern wissen, welche Dinge für Sie dahinter stehen. Wie soll die Kulturbrauerei unterhalten und unterstützt werden? Das ist für mich wirklich ein ganz besonderes Thema.

Ein anderer Punkt: das, was vielleicht nicht drinsteht. Sie haben nirgendwo die ZLB, die Zentral- und Landesbibliothek, erwähnt. Das kann viel bedeuten. Das kann bedeuten, dass für Sie völlig klar ist, dass die natürlich gebaut wird und alles weiter verfolgt wird. Das kann auch bedeuten, dass Sie das nicht mehr wollen. Da jetzt meine Frage: Was bedeutet diese Fehlstelle, oder ist es vielleicht gar keine?

Vielleicht kommen wir da heute nicht mehr zu, aber was mich wirklich sehr interessiert, ist diese Schnittstelle zwischen Kreativwirtschaft und Kultur, weil Sie ja eben sagten, dass manche Dinge in der Senatsverwaltung anders sind als in der Realität. In der Realität der Senatsverwaltung ist es ja so, dass es überall Schnittstellen bzw. Überschneidungen gibt, also Kunst und Kultur hat zu jeder Senatsverwaltung Überschneidungen. Von daher ist das schon ein Aspekt, der mich sehr interessiert, dazu kommen wir heute bestimmt nicht mehr in der gebührenden Tiefe, aber vielleicht haben Sie noch zwei Sätze für mich, wie die Schnittstelle aussehen sollen, ansonsten hoffentlich bald wieder hier im Ausschuss noch tiefer zu diesem Thema. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Zur Beantwortung an den Herrn Senator!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Vielen Dank für Ihre Fragen! Sie haben ja die Kulturbrauerei erwähnt. Als jemand, der selbst auch in Mitte wohnt, kann ich hier nur sagen, dass es ein ganz wichtiger Kulturstandort ist. Letzten Endes geht es darum, dass wir dort die Mittel sichern, sodass es weitergehen kann. Sicherlich auch ein Thema, dass wir jetzt gerade intensiv auf dem Tisch haben. Insofern war das im Koalitionsvertrag jetzt nicht nur eine Petitesse, sondern ein echtes Anliegen, das wir wirklich haben. Ich habe auch kürzlich mit dem Betreiber der Kulturbrauerei gesprochen. Wir müssen da als Land tatsächlich aktiv werden, sonst werden wir einen Kulturstandort verlieren, und das kann nicht in unserem Interesse sein. Und die Situation ist akut, und es geht, wie Sie sich denken können, seitdem ich dieses Amt inne habe, nicht nur um die parlamentarische Arbeit, sondern ich habe natürlich auch mit vielen Akteuren und kulturellen Stakeholdern Berlins zu tun, die wirklich alle mit ihren Sorgen und Nöten kommen, ich habe vorhin die Uferhallen und die Kulturbrauerei erwähnt, und so gibt es viele andere, die sich ernsthafte Sorgen machen.

Das schließt natürlich an die Exzellenz dieser Stadt an. Wir wollen die Kultur in Berlin halten, wir wollen das, was Berlin ausmacht, hier in dieser Stadt halten, eine unglaublich große Herausforderung in Zeiten, in denen die Mittel natürlich nicht potenzieren, sondern wo wir Wege finden müssen, wie wir das kreativ umsetzen können. Nichtsdestotrotz arbeiten wir daran, und ich hoffe, dass wir dann gemeinsam, auch hier in diesem Rahmen, dazu beitragen können, dass dieser Standort gesichert wird.

Zur Zentral- und Landesbibliothek: Da gab und gibt es viele Ideen, da gibt es Pläne der Umsetzung, daran haben sich viele vor mir – wie soll ich sagen? – abgearbeitet. Das ist, wenn man so will, fast ein Jahrhundertthema, ein Jahrhundertproblem. Und trotzdem sage ich: Auch da habe ich einen wirklichen Ehrgeiz, um vielleicht mit einer kreativen Ideen – wer weiß? – und gemeinsam mit der Unterstützung des Koalitionspartners, aber auch der Kollegen hier, dieses Thema vielleicht so anzugehen, dass wir einen Horizont aufmachen können, um dieses Problem endlich zu lösen. Ich weiß nicht, ob die verbleibende Zeit reicht, aber wir sollten tatsächlich mal einen deutlichen Schritt machen. Wir haben da jedenfalls schon ein, zwei Ideen. Ich denke, das werden wir im nächsten Monat mal aufs Tablett bringen.

Dann zur Kultur- und Kreativwirtschaft: Ich habe dazu heute schon einiges gesagt, auch in meiner Ansprache, aber ich merke, da gibt es noch einen viel tieferen Bedarf, dann werden wir das One-on-One oder auch später noch mal zur fortgesetzten Stunde nachholen. Sie haben diese Option hier in den Raum gelegt. Im Übrigen wollte ich mich für die vielen Fragen be-

danken, nicht dass der Eindruck entsteht, dass diese Fragen, die ihr geschickt habt, problematisch sind, ganz im Gegenteil, das ist eine Challenge, darauf haben wir Bock. Ich fand das übrigens auch fair, dass ihr so viele Fragen gestellt habt, denn die Beantwortung dieser Fragen bringt uns als Senatsverwaltung auch weiter. Also nicht, dass hier der falsche Eindruck bleibt. Das ist jetzt mit dem Haushalt im Rücken a little bit of pressure ongoing, ist alles klar, können wir ab, aber an sich waren die Fragen berechtigt und für uns völlig okay.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Wunderbar! Vielen Dank! – Dann gebe ich jetzt das Wort an Herrn Naumann.

Reinhard Naumann (SPD): Herzlichen Dank! Von meiner Seite aus auch ein fröhliches Hallo in die Ausschussrunde an diesem Nachmittag! Reinhard Naumann, religionspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Zunächst interessiert mich, welche Bedeutung Sie dem interreligiösen Dialog in dieser Fast-Vier-Millionen-Metropole beimessen. Auch wenn die Säkularisierung fortschreitet, sind Religionsgemeinschaften nach unserer Überzeugung ein fester Bestandteil des kulturellen wie des ehrenamtlichen Wirkens in Berlin und seinen zwölf Bezirken, ohne da jetzt an irgendeiner Stelle nicht religiös gebundene Menschen zurücksetzen zu wollen, ganz im Gegenteil, es geht nach meiner festen Überzeugung um Brückenbau, Brückenbau, Brückenbau.

Welche Aspekte von Präventionen haben Sie aus kulturpolitischer Sicht zu diesem Bereich? – Dann sind ja zwei Projekte von Ihnen, die auch – das ist eher die Ausnahme – in der Koalitionsvereinbarung als „fortgesetzt“ benannt worden sind, Haus of One und die Drei-Generationen-Kita. Können Sie da eventuell heute schon etwas zu zeitlichen Abläufen in Sachen fortschreitender Power-Senatsunterstützung sagen, wenn nicht heute, dann gern zu einem späteren Zeitpunkt.

Und letzte Bemerkung, das sei mir gestattet, zur Ausführung zum Antisemitismuskampf: Ich bin nachher mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und der Landeszentrale zur politischen Bildung um 18:30 Uhr im Amerika Haus. Dr. Klein, der Bundesbeauftragte, wird dort an der Basis, was er ja wirklich sehr vorbildhaft tut, zur Diskussion zur Verfügung stehen. Die Ausführungen, die den Kampf gegen Antisemitismus betreffen, können wir nur nachhaltig unterstützen.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Herr Naumann! – Zur Beantwortung Herr Senator Chialo!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Vielen Dank für Ihre Frage! Ich halte sie für wirklich wichtig, möglicherweise werde ich sogar an meine Kollegen weitergeben, aber zuvor erlauben Sie mir doch mal eine Einlassung: Wir leben in Zeiten, in denen die Menschen immer schwieriger zueinander finden. Wir leben in Zeiten von Echokammern, wo es geradezu unmöglich ist, in einen echten Dialog zu treten, tatsächlich die Frage zu stellen und dem anderen mal zu unterstellen, dass er an einem Punkt, den er von sich gibt, vielleicht auch mal recht haben könnte. Meistens geht es doch offensichtlich immer nur darum, unsere eigene Meinung in jedem Diskurs und in allen Räumen zu bestätigen, und das mit Claqueuren im Hintergrund, die uns das Gefühl geben, dass wir eine unglaubliche Diskussion führen, stattdessen aber eine Selbstbestätigung immer weiter verfestigen. In einer solchen Welt ist ein interreligiöser Dialog von enormen Bedeutung, weil er dazu beiträgt, dass wir für das Gegenüber Verständnis

wecken, auch für andere Kulturen, für andere Denkweisen. Das stärkt die Demokratie hier in Berlin, das stärkt unser Miteinander und das ist gerade in einer säkularisierten Gesellschaft, auch in der, in der wir leben, durchaus ein Punkt, der dazu beitragen kann, unsere Gesellschaft zu festigen. Haus of One ist da für mich ein leuchtendes Beispiel. Es wurde vorhin auch gefragt, warum es so etwas nicht in den Bezirken gibt oder warum es nur dieses eine große Haus geben muss. Ich denke mir, dass es immer wichtig ist, ein Zeichen zu setzen, und danach können sich die Früchte in die unterschiedlichen Berliner Bezirke hinein vermehren, jedenfalls wäre das wünschenswert.

Was die Prävention angeht, das war, glaube ich, Ihre zweite Frage, da würde ich gern an meinen Kollegen Oliver Friederici weitergeben.

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ): Gar kein Problem! – Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Abgeordneter Naumann! Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage, gibt sie uns doch die Möglichkeit, mal ein wenig bei dem Thema, das vielleicht vorhin etwas zu kurz kam, auszuholen. In Berlin gibt es 250 Religionsgemeinschaften, auch wenn manch einer meint, die Stadt sei gemeinhin atheistisch. Das ist eine unheimliche Vielfalt, und wir sehen es als unsere Aufgabe an, diese zu fördern aber auch zu unterstützen. Mit dem Ziel, die religionsübergreifende Zusammenarbeit wesentlich zu stärken, ist eine Vielzahl von Projekten und Bauvorhaben verbunden, wie zum Beispiel die Projektförderung für religionsübergreifende Projekte, die Errichtung des House of One, das hier schon genannt worden ist, die Errichtung des Drei-Religionen-Kita-Hauses, die Unterstützung von Institutionen wie der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und das Berliner Forum der Religion sowie den Aufbau einer europäischen Vernetzung von Metropolen zur religionsübergreifenden Zusammenarbeit. Ich will dazu noch sagen, weil Sie nach dem Realisierungsstand oder dem Baustand, der Fertigstellung oder dem Planungsstand des Drei-Religionen-Hauses wie auch des Houses of One fragten, Sie werden sicherlich nicht verwundert sein, dass wir von Ihnen ganz fest diese Aufträge in den Haushaltsberatungen erwarten, sodass wir Ihnen dann fundiert Auskunft geben können. Wir werden das sicherlich auch hier im Fachausschuss tun und sicherlich in einem Bericht auch darlegen, wie weit die Projekte gediehen sind und wie weit wir uns auch anderen Themen widmen werden.

Wir haben die Situation, dass viele Religionsgemeinschaften aus den Kiezen verdrängt werden; sie müssen die Innenstadt Berlins verlassen, sie gehen nach außen oder haben gar keine Heimstatt, was natürlich auch zu einer gewissen Vereinzelung und zu anderen Problemen führen kann, die kleinere Religionsgemeinschaften einfach haben. Wir überlegen natürlich auch immer wieder, die temporäre Förderung der Mieten für soziale und integrative Tätigkeiten zu übernehmen, das findet auch statt, und dass wir auch langfristig engagierte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bei Überdachungsplänen stärker in die Berücksichtigung nehmen. Zur Erarbeitung wird es hier auch auf Landesebene verwaltungsübergreifend eine Initiative geben, zu der wir uns bei einer einführenden Veranstaltung diverser Arbeitsgemeinschaften wie beispielsweise mit den Bezirken und Institutionen zusammenfinden werden.

Ich hatte vorhin schon mal angedeutet, dass uns die Stärkung des jüdischen Lebens sehr am Herzen liegt. 15 000 Menschen mit diesem Glauben leben in Berlin, sei es seit langer Zeit, sei es zugewandert. Manch einer ist hierher gewandert, weil er auch wieder in der heutigen Zeit woanders verfolgt wird, und diesen Menschen geben wir gern eine Heimstatt. Wir unterstüt-

zen dies und fördern natürlich hier viele Projekte wie zum Beispiel auch den jüdischen Campus in Wilmersdorf, von dem Sie ja das eine oder andere Mal gehört haben, die Errichtung einer Sekundarschule der jüdischen Gemeinschaft zu Berlin in der Auguststraße soll begonnen werden und auch der Wiederaufbau der Synagoge der jüdischen Gemeinde zu Berlin am Fraenkelufer zählt zu diesen investiven Baumaßnahmen, die wir uns fest vorgenommen haben, die wir verstetigen oder fortführen werden.

Neben den Freunden jüdischen Glaubens haben wir sehr viele Menschen mit christlichem Hintergrund und christlichem Glauben, 800 000 Menschen in dieser Stadt. Ich möchte dazu sagen, dass wir hier große Bauvorhaben vorhaben, die wir zunächst weiterführen und auch beenden werden. Dazu gehört natürlich, das fällt Ihnen am markantesten auf, die diversen Baumaßnahmen am Berliner Dom und der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, auf katholischer Seite den Um- bzw. Neubau der Sankt Hedwigs-Kathedrale und des Bernhard-Lichtenberg-Hauses. Im Kontext dazu ist angestrebt, die evangelische Kirche zukünftig für die Stiftung der Sankt Matthäus Kirche bei der Sanierung der dazugehörigen Kirche zu unterstützen und voranzutreiben.

Ein weiterer großer Themenschwerpunkt ist natürlich das muslimische Leben in unserer Stadt. Wir haben zwischen 350 000 und 400 000 Musliminnen und Muslime in ca. 100 Moscheegemeinden. 35 Prozent sind nicht verbandlich organisiert, davon sprach ich, da gibt es sehr viele kleine Gemeinden, die dann kaum noch erkennbar sind, sich verstecken, einfach nicht mehr existieren oder auch Not haben, überhaupt zu überleben. Der innere muslimische Dialog ist unser Ziel, wir wollen die muslimische Bildungs- und Akademiearbeit ausbauen, wir wollen die Sichtbarmachung des islamisch-kulturellen Lebens im gemeinsamen Wirken mit der Berliner Stadtgesellschaft voranbringen, hier auch deutlich unser Statement für die muslimische Kulturwoche.

An diesen Beispielen habe ich Ihnen vielleicht kurz nennen können, wie wir uns die Zusammenarbeit und auch die Förderung des religiösen Lebens in Berlin vorstellen, immer auch an die Akteure der Gesamtgesellschaft angebunden. Dies als kleiner Überblick. Wenn Sie möchten, kann ich auch gern weiter ausführen, auch zum Thema der Zusammenarbeit mit den Weltanschauungen, den Humanisten, die wir selbstverständlich auch im Blick haben. Berlin ist eine große Stadt, und viele Menschen gehören dieser Gemeinde oder diesem Verband an. Von daher haben wir das alles im Blick, und wollen den interreligiösen Dialog, die Förderung und auch das gesellschaftliche Zusammenleben auch auf dieser Ebene wesentlich fördern.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Dann gebe ich das Wort an Frau Abgeordnete Radziwill!

Ülker Radziwill (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das Thema ist ja heute wirklich sehr umfassend, und ich will ganz gern den Bereich Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, gesellschaftlichen Zusammenhalt kurz hervorheben. Aus meiner Sicht ist es eine Chance, dass der Bereich Kultur mit diesem für mich sehr spannenden und wichtigen Themenfeld jetzt zusammen in einem Ausschuss ist. Wir haben, einige werden sich erinnern, für den Bereich Bürgerschaftliches Engagement in der vorletzten Legislatur einen eigenen Ausschuss gehabt und in diesem Themenschwerpunkt durchaus viele Entwicklungen voranbringen können. Ich freue mich, dass der Staatssekretär vorhin ausgeführt hat, dass die Engagementstrategie fortgesetzt werden wird. Ich finde sie notwendig und wichtig, möchte aber sagen, dass es sehr wichtig ist, dass wir in einer Stadt wie Berlin das Dezentrale im Blick haben müssen. Wir haben nicht nur eine einzige Stadtmitte und einen einzigen Bereich, und das ist auch die Stärke dieser Stadt. Die Klammer für alles ist für mich der gesellschaftliche Zusammenhalt, und der Kitt ist das Ehrenamt.

Das Ehrenamt ist ein Wert an sich. Jeder, der sich für andere engagiert, bekommt Glücksgefühle, um das einmal auf den Punkt zu bringen, und es macht gesünder. Es gibt Studien, die das auch belegen. Es ist etwas Positives, und es ist hervorzuheben. Es ist unser Engagement und unser Bestreben, diesen Wert an sich darzustellen, zu unterstützen und das Engagement zielgerichtet und auch in dem Zeitbudget von vielbeschäftigten Menschen umsetzbar zu gestalten. Deshalb finde ich sehr spannend, wenn wir in einer der nächsten Sitzungen die Engagementstrategie noch mal vertiefen.

Aber nochmal: Engagement findet an vielen unterschiedlichen und nicht immer sichtbaren Bereichen statt, auch zum Beispiel das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, das haben wir in verschiedenen früheren Anhörungen herausgearbeitet, ist in den Regelstrukturen nicht immer sichtbar. Ich will noch hervorheben, dass auch das Engagement, das über die Wohlfahrtsverbände gebunden, organisiert und hervorgebracht wird, für diese Stadt enorm wichtig ist. Engagement findet ja nicht nur im Sozialbereich, sondern in vielen Bereichen, u. a. im Sportbereich, statt, auch in vielen kulturellen Bereichen wäre das Angebot ohne Engagement deutlich reduzierter und ärmer. Auch das müssen wir erkennen. Wir müssen aber auch die Gradwanderung machen, dass wir Menschen, die sich engagieren, nicht ausnutzen, sondern schauen, dass sie eine Unterstützung bekommen. Es war mir ganz wichtig, das vorweg zu erwähnen, und ich glaube, dass hier alle meiner Meinung sind, ich habe zumindest kein gegenteiliges Kopfschütteln entdeckt.

Dann der zweite Punkt. Herr Senator, eins hat mir gefallen, Sie haben versucht, das mit diesen zehn Merkmalen, die Sie genannt haben, aus Ihrer Sicht darzustellen. Das fand ich sehr interessant. Ich fand es auch sehr interessant, dass Sie den Begriff „kreativ“ als letzter, an zehnter Stelle genannt und davor noch viele andere wichtige Punkte hervorgehoben haben. Das gibt Hoffnung und Mut, dass Sie nicht nur die Hochkultur, sondern alles, das Drumherum, das das eigentliche Berlin auch mitausmacht, nämlich alles, was im Offkulturbereich ist, im Blick haben, und dass wir gemeinsam die Aufgabe bewältigen wollen. Da bin ich auch ganz bei meiner Kollegin Elke Breitenbach, dass auch Menschen ohne oder mit sehr geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, dass wir die Armen und die, die sich Kultur leisten können, im Blick haben sollten. Wir geben ja sehr viel Geld im Bereich der Hochkultur aus, das will ich bewusst vorneweg sagen, und subventionieren die Tickets

enorm. Mir ist es schon sehr wichtig, dass wir schauen, dass die Sitze dieser sehr subventionierten Tickets nicht am Ende leer bleiben. Da müssen wir kluge und gute Systeme weiterentwickeln, auch das gehört aus meiner Sicht zu unserer gemeinsamen Verantwortung.

Ich will zum Schluss noch zwei Punkte reingeben. Es ist mir ganz wichtig, dass wir die Chance der Engagementkonferenz sehen. Ich glaube, das steht Berlin sehr gut zu Gesicht. Die Stadt Berlin hat, um das noch mal hervorzuheben, als Stadt der Freiheit, Stadt der Vielfalt und Stadt der Demokratie viele Maßstäbe gesetzt. Solch eine Konferenz zu machen, halte ich für sehr sinnvoll.

Es ist mir auch wichtig, die Vielfalt dieser Stadt im Kulturbereich auch mit den Möglichkeiten der Museen noch sichtbarer zu machen. Wir haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir auch ein Migrationsmuseum mit einem Dokumentationszentrum vorhaben, gerade für die jüngere Gastarbeitergeschichte. Das halte ich in einer Stadt, in der Kultur in vielschichtiger Weise dargestellt wird, für ganz spannend.

Beenden möchte ich meinen Part damit, dass es mich sehr erfreut hat, dass der Staatssekretär in seiner Rede Freundschaft als Manifest hervorgehoben hat. Das fand ich in dem Kontext sehr spannend. Uns allen eine gute Beratung und eine gute Umsetzung des Koalitionsvertrags!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Möchten Sie dazu etwas sagen, Herr Senator? – Dann erteile ich Ihnen das Wort!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Ich wollte ganz kurz zum Schluss einfach mal sagen, dass es mir wichtig ist, dass ich mit meiner Eingangsansprache, indem ich die zehn Punkte angesprochen, schon das Grundrauschen unserer Senatsverwaltung kommuniziert habe. Ich wünsche mir, dass man ein Stück weit darauf eingeht. Wir werden das auch zur Verfügung stellen, sodass es nachvollzogen werden kann. Wir steigen natürlich auch gern in die Details ein, aber ich wünsche mir, dass man heute zumindest einen groben Überblick darüber bekommen hat, was uns in den nächsten drei Jahren antreibt und mit was für einen Geist wir das gedenken umzusetzen. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Als Nächste ist Frau Abgeordnete Wolff dran!

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank! – Es ist ja so viel gefragt worden, und es zeigt sich in diesem Ausschuss solch eine Themenvielfalt! Ich finde das wirklich gigantisch und immer wieder eine große Herausforderung. Wir haben jetzt zum Beispiel ein großes Sportereignis in Berlin, das alles gleichzeitig hat: einmal die Engagierten, einmal die Sportbegeisterten, und dann wird so etwas wahrscheinlich auch noch durch Kultur eröffnet, nämlich mit musikalischen Dingen, mit kreativen Begleitungen, auch innerhalb der Stadt. Da merkt man eigentlich, was gleichzeitig und miteinander möglich ist.

Sie wissen, dass ich Sprecherin für Kreativwirtschaft bin, jetzt auch im Wirtschaftsausschuss. Sie haben vorhin angesprochen, dass Sie das miteinander „verheiraten“ möchten. Ich würde mir eher wünschen, wir würden das gut und gesund miteinander austauschen, es zu verheiraten ist ja schon fast gefährlich. Die Kreativwirtschaft ist ja im Sinne von Wirtschaft und Profit

wirklich ein großer Brocken. Genau davon sollte es gegenseitig profitieren. Das würde ich mir in der Tat sehr wünschen, weil ich glaube, das kann es wirklich. Ich glaube, dass wir beim Karneval der Kulturen dafür sorgen können, dass wir den Müll vielleicht auch in anderer Form in den Griff bekommen, indem wir Mehrwegbehältnisse haben und auch, ich nenne es mal eine Art Erziehung in diese Stadt wieder reinbringen, denn so viel Müll wie jetzt habe ich selten gesehen.

Unsere wunderbaren Stadtfeste können auch ein Teil von Kultur sein. Diese kleine Kultur, ich nenne sie jetzt mal klein, macht es aber in den Außenbezirken ganz groß. Wir haben wirklich tolle Stadtfeste, die auch mit Kleinkunst so vielen Künstlerinnen und Künstlern – – Wir haben eine Stadt mit sehr vielen arbeitslosen Künstlerinnen und Künstlern. Das muss man ehrlich zugeben. Wir haben sehr unterschiedliche Bedarfe. Und diese Künstler finden dort auch noch Plattformen. Sie sind aber wunderbar, sie sind Künstler, die auch gern auf diese kleinen Bühnen gehen, aber zum Beispiel die Genehmigungsverfahren – – Wir wissen, dass im Film ein Drehgenehmigungsverfahren gefordert und für die eine oder andere Veranstaltung vielleicht gerade aus dem Ehrenamt heraus organisiert wird. Hier ist es vielleicht wichtig, Hilfestellungen zu geben. Diese tatsächlichen Vereinfachungen auch im Digitalen, es ist vorhin angesprochen worden, dass wir dort Dinge bürokratischer Art vereinfachen. Das haben wir uns vorgenommen, und das ist ganz wichtig.

Wie wir schon vorhin gesagt haben: Im Großen können wir in Berlin schon eine ganze Menge, das Kleinere dürfen wir dabei nicht vergessen. Diese Vielfalt und auch das, was Elke Breitenbach vorhin gesagt hat, dass wir alle Menschen mitbekommen müssen, das ist gerade bei der Inklusion wirklich eine Herausforderung, denn wir wissen, die Inklusionstaxen funktionieren noch nicht so ganz. Wenn jemand eins anrufen möchte, und er oder sie möchte zu einer kulturellen Veranstaltung, dann ist das heute noch nicht so einfach und noch nicht selbstverständlich in dieser Stadt. Da hat Berlin eine Menge zu tun. Deshalb wünsche ich mir sehr, dass wir Ressort definieren, nämlich: Wer profitiert wirklich von einem Großkonzert – denn diese Karten sind für die jungen Leute nicht mehr erschwinglich, überhaupt nicht, es braucht für die Jugend Angebote, die sie sich wirklich leisten kann –, und wer profitiert nicht so sehr davon, kann aber vielleicht aus der Wirtschaft heraus unterstützen werden. – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Haben Sie vielen Dank! – Zur Beantwortung der Fragestellungen erteile ich dem Herrn Senator das Wort!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Ich wollte dazu etwas Ergänzendes sagen, da es mich freut, dass Sie die Kreativwirtschaft noch mal erwähnt haben. Es geht aber oftmals nicht nur um Monetäres. In meinen Gesprächen mit Galeristen ist es oftmals so, dass sie kein Geld wollen, sie wollen lediglich Rahmenbedingungen und eine Anerkennung durch die Politik. Und ich glaube, dass das etwas ist, was wir durchaus liefern können, genauso oft, auch wenn das jetzt nicht in meinem Ressort liegt, wie beispielsweise der Filmsektor. Ich war kürzlich bei einem Filmempfang. Es ist immer das Gleiche: Sie fühlen sich der Kultur zugehörig und wollen eigentlich in hohem Maße eine Anerkennung, die sie so offensichtlich nicht ganz bekommen. Ich glaube, dass man da mit den anderen Ressorts durchaus Brücken schlagen kann, um diese Lücke, die es gibt, zu füllen, deshalb vorhin auch das, was ich zu Schnittstellen gesagt habe. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Als Nächster ist der Abgeordnete Eschricht dran!

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrter Herr Senator Chialo, Sie haben eingangs erwähnt, dass Sie nun knapp einen Monat in Amt und Würden sind. Ich persönlich wünsche Ihnen gutes Gelingen. Berlin braucht dringend einen Neustart, denn es ist viel zu lange unter seinen Möglichkeiten regiert worden.

Aber das Thema heute ist Generaldebatte. Die Berliner Bürger verbinden mit ihrer Wahlscheidung den Wunsch nach politischem Wechsel, deshalb frage ich: Inwiefern wird sich der Kultursenat unter Ihrer Leitung vom Kultursenat unter Klaus Lederer unterscheiden, vor allem im Hinblick darauf, dass Herr Dr. Lederer als größtmöglicher Förderer der Freien Szene galt, die ihm grundsätzlich oder eben auch als Folge der großen finanziellen Zuwendungen weltanschaulich nahesteht? Man sieht das auch in den Briefen, die wir bekommen haben, da werden mindestens 12 Millionen Euro gefordert. Deshalb frage ich: In welchem Bereich können wir von Ihnen eine Kulturpolitik erwarten, welche konservative oder sogar dezidiert christlich-konservative Projekte berücksichtigt? Und in welchen Projekten wird sich das konkret niederschlagen?

Ferner frage ich, Herr Friederici hat schön gesagt: Konflikte soll man lösen und nicht suchen –, aber wenn man welche findet und sie dann tabuisiert, ist das auch nicht der richtige Weg, mit Blick auf kulturfeindliche Anträge in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg: Mit welchem Konzept möchte der Kultursenator Kunst im öffentlichen Raum vor den Auswirkungen von autoritärer Cancel Culture und politisch motiviertem Vandalismus schützen?

Als Ergänzung zu Ihrer Einlassung zur Wichtigkeit des interreligiösen Dialoges: Ich freue mich sehr auf das House of One. Das ist ein sehr interessantes Projekt, vor allem, weil da ja wahrscheinlich keine der anwesenden Religionen den anderen Extremismus vorwerfen wird, und ein Parlament ist ja auf jeden Fall so eine Art weltanschauliches House of One. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Zur Beantwortung, Herr Senator!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Erst mal vielen Dank! Sie haben gerade diese Bezirksentscheidung von Friedrichshain-Kreuzberg angesprochen. Ich kann dazu nur so viel sagen: Wir kommentieren Bezirksentscheidungen an dieser Stelle nicht.

Dann wollte ich auf Ihre Frage, was möglicherweise anders sein wird, antworten: Ich ziehe es immer vor, in meiner Agenda darauf zu setzen, was wir in dieser Koalition umsetzen wollen, und arbeite mich nicht daran ab, was meine Vorgänger gemacht haben. Was diese Stadt braucht, ist der Bezug nach vorn. Meine Vorgänger haben Dinge gemacht, die waren gut, andere werden wir anders machen. Und das war es, mehr muss man dazu nicht sagen. Aber für mich ist es tatsächlich wichtig: Wenn wir sagen, dass wir zwischen den Bezirken und der Innenstadt eine Brücke schlagen wollen, dann ist das ja nicht nur eine räumliche Brücke, sondern es geht für mich darum, dass man diesen Mentalitätsunterschied, den es möglicherweise zwischen, ich sage jetzt mal Köpenick oder Berlin-Mitte, gibt, überwindet. Beispielsweise finde ich, dass eine Wertschätzung der Volksfeste, die es oftmals in den Bezirken gibt und die oftmals nur belächelt werden, stattfinden muss, dass man da, und das ist durchaus mein per-

sönlicher Turn, eine Anerkennung erarbeitet, die das tatsächlich als Kunstform und nicht als Schrott wahrnimmt oder mit einem Lächeln herabschaut. Das ist etwas, das ich, als jemand, der gerade in diesen Bereichen viele Künstlerinnen und Künstler kennt, die da Großartiges leisten, schätzen werde. Gleichzeitig muss in umgekehrter Reihenfolge natürlich auch die Hochkultur diese Wertschätzung erhalten, die sie für dieses Land, aber auch für diese Stadt bringt. Da gibt es auch noch viele andere Szenen, Szenen der Jugendkultur usw., die ihren Platz haben müssen, ob es die darstellenden Künste sind, ob es Musik ist, Theaterbühnen sind usw. usf. Es muss in unsere Köpfe rein, dass wir da als eine Stadt agieren. – Habe ich eine Frage vergessen?

Robert Eschricht (AfD): Ich wollte nur ergänzen: Ich hatte nicht danach gefragt, ob Sie die BVV-Entscheidung kommentieren, die Entscheidung der BVV ist ja nur ein Symptom, sondern ob der Kultursenat ein Konzept hat, wie man Kunst im öffentlichen Raum vor politisch motivierten Vandalismus schützen kann.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Nein, habe ich noch nicht.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Als letzten Redner auf der Redeliste habe ich Herrn Abgeordneten Wesener. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt – ich sehe, das ist nicht der Fall –, schließe ich damit die Redeliste.

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Und vielen Dank, Herr Senator, schon mal an der Stelle! Sie haben sich gewünscht, dass wir noch mal stärker auf die zehn Punkte eingehen, die Sie eingangs vorgetragen haben. Das möchte ich gern tun auch, weil Sie natürlich völlig recht haben: Vier Wochen sind bei der komplexen Materie, die wir hier verhandeln, eine kurze Einarbeitungszeit. Und ja, es ist immer gut, nach vorne zu gucken, gleichwohl stehen Sie und Ihr Team ja in einer gewissen Kontinuität, sprich: Ich würde es wirklich bei dem belassen, was Sie hier auch benannt haben. Sehen Sie uns nach, dass wir da teilweise Nachfragen haben. Das sind ja die Richtlinien der Regierungspolitik, die sind ja im besten Fall nicht nur paradigmatisch für Ihr Tun, sondern auch für die Geschäftsverteilung des Senats und für die Zuständigkeiten einschlägig.

Deswegen greife ich noch mal den letzten Punkt von Ihren zehn Punkten auf, also noch mal das Thema Kultur- und Kreativwirtschaft. Anders als es sich Ihnen vielleicht dargestellt hat, haben Sie meiner Meinung nach in diesem Ausschuss einen Verbündeten, wenn es darum geht, Kultur- und Kreativwirtschaft stärker zusammenzudenken, diese Hybride, die wir ja nicht nur in puncto Musik oder Club, sondern beispielsweise auch bei den Galerien, das Stichwort haben Sie schon genannt, oder in der Mode haben, noch mal stärker politisch als Ganzes zu betrachten. Nun ist es nun mal so, dass die Zuständigkeiten bis dato größtenteils bei der Wirtschaftsverwaltung liegen. Sie haben beispielsweise explizit das Format „Most wanted Music“ genannt. Das wird ja bisher von der Berlin Music Commission, respektive der Wirtschaftsverwaltung gefördert, und da ist es natürlich auch für uns, aber auch für viele Kreative und Kulturschaffende schon interessant, wie diese Brücken aussehen. Geht es um hybride politische Formate, beispielsweise so etwas wie die Art Week, die ja heute schon von zwei Senatsverwaltungen verantwortet wird? Oder geht es vielleicht nicht auch um das Zusammenführen oder den einen oder anderen Zuständigkeitsübergang? Und da stellt sich natürlich die Frage: Geht dann nur die Zuständigkeit in Ihre Verantwortung über, oder nicht vielleicht auch, und das ist natürlich die Hoffnung dieses Ausschusses, die Personalressourcen bzw. die

finanziellen Ressourcen? Weil das Geld, das bis dato für die genuine Kulturförderung zur Verfügung steht, ja schon heute viel zu knapp ist. Da wünschen wir uns einfach, dass Sie diese Brücke noch etwas handhabbarer und etwas exemplarischer machen.

Dann haben Sie die gesetzlichen Regelungen genannt, Stichwort Musikfördergesetz. Da nur eine Nachfrage: Ich bin immer wieder nicht nur in den Richtlinien sondern auch bei Ihrer Ausführung über die Begrifflichkeit des Musikschulgesetzes gestolpert, nicht Musikfördergesetz. Wenn dieses Bestandteil eines Kulturfördergesetzes werden soll, dann geht es ja im besten Fall um mehr als Musikschule. Die Relevanz von Musikschule steht völlig außer Frage, Frau Stoff, aber ich glaube, es wäre interessant zu wissen, warum nur Musikschule und nicht insgesamt Musik, die gerade in dieser Stadt ja noch mal deutlich vielfältiger ist, auch was die bestehende und die zukünftig notwendige Förderung angeht?

Dann haben Sie dankenswerterweise die tariflichen Regelungen oder die Bezahlung genannt und sich dazu bekannt. Jetzt liegt es natürlich in der Natur der Sache, dass man Tarifverträge einhalten muss. Die entscheidende Frage, Herr Senator, ist: Gibt es einen Ausgleich der Tarifentwicklung? Und da fällt es natürlich schon auf, dass das, anders als im letzten Koalitionsvertrag, nicht Bestandteil des neuen ist. – Und Herr Schmidt-Werthern! Sie haben völlig zu Recht bei der Konzeptförderung auf ein altes Problem verwiesen; wir haben in dem Kontext, aber nicht nur in dem Kontext, auch ein neues, nämlich die Teuerung und insbesondere die Tarifentwicklung, die natürlich ein Kostentreiber ist. Deswegen würde uns freuen zu hören, ohne dem Haushaltsbeschluss des Senats, geschweige denn den Beschlüssen des Haushaltsgesetzgebers, also des Abgeordnetenhauses, vorzugreifen: Wird sich die Kulturverwaltung dafür einsetzen, dass diese Tarifentwicklung weitergegeben wird, und das im besten Fall nicht nur an die Institutionen oder öffentlichen Einrichtungen, sondern, und da sind wir bei der Konzeptförderung, auch im Hinblick auf Mindesthonorare, also die Projektförderung?

Dann haben Sie heute über Exzellenz gesprochen. Das ist ein weites Feld. – [Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Jetzt kommt der vierte Punkt.] – Ja, ich bin beim vierten Punkt. – Das ist ja auch eine Definitionsfrage. Mir ist aufgefallen, dass Sie in diesem Zusammenhang lediglich die Staatsoper und die SPK genannt haben, also zwei Institutionen, die entweder maßgeblich oder zu relevanten Teilen vom Bund gefördert werden. Da würde mich natürlich interessieren: Wo sehen Sie denn bestehende Exzellenz in der dezidiert Berliner Kulturförderung? Und weil Sie eben noch mal in der letzten Antwort schon wieder den Begriff „Hochkultur“ verwandt haben: Vielleicht können Sie noch einmal sagen, was Sie unter Hochkultur verstehen.

Sie haben über die Räume geredet, völlig zu Recht. – Herr Juhnke! Es tut mir leid, schön, wenn wir grundsätzlich über das Thema reden, aber wer im Koalitionsvertrag diesen Punkt an zwei Stellen, und zwar widersprüchlich, aufruft, der muss sich natürlich die Frage gefallen lassen, ja was denn nun? Reden wir über eine Evaluation – ich weiß nicht, die zehnte, Herr Rehders? –, oder reden wir, wie in einer anderen Passage in den Richtlinien der Regierungspolitik, über eine – ich zitiere – „Einbringung ... in die BIM“? Das ist ja nicht zuletzt eine Zuständigkeitsfrage und auch eine Frage der kulturpolitischen Steuerung, die man hat oder nicht hat.

Vorletzter Punkt: Kolonialismus. Vielen Dank für Ihre Ausführung – hier, aber auch im Plenum! Sie haben den Gedenkort dankenswerterweise noch mal in den Richtlinien verankert, da einfach nur die Frage: Über welchen Gedenkort reden wir? Reden wir über die Diskussion,

die es ja schon seit langem gibt, was einen gemeinsamen, zentralen Gedenk- aber auch Bildungsort angeht, und hier gemeinsam mit dem Bund? Reden wir über den Columbiadamm und den Hererostein? Reden wir über das aktuelle Projekt auf dem Gelände der ehemaligen Kindl-Brauerei? Es gibt ja viele potentielle oder bestehende Gedenkorte, vielleicht können Sie das ja präzisieren.

Und dann erlauben Sie mir nur, weil ich mich da indirekt angesprochen gefühlt habe, einen weiteren Punkt noch mal kurz aufzugreifen, der nicht in Ihren zehn Punkten vorkam: ZLB. Ich bekenne, ich gehöre zu denjenigen, wie haben Sie es gesagt?, die sich da jahrelang „abgearbeitet“ haben, auch schon als Bezirksverordneter. Ich möchte Sie nur dafür sensibilisieren, wenn Sie heute sagen, Sie wollen dort – Zitat – „kreativ“ werden, dann muss das bei allen, die sich da „abgearbeitet“ haben, aber auch bei der Institution als solcher natürlich als eine Absage an die Standortentscheidung Blücherplatzes aber auch an das Neubauprojekt verstanden werden. Da wollte ich Sie bitten, das – das ist natürlich meine Hoffnung – noch mal richtigzustellen und deutlichzumachen, dass die Koalition an diesen Beschlüssen festhält, und das auch, wie in der Finanzplanung vorgesehen, der Architekturwettbewerb noch in diesem Jahr starten kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Herr Senator, Sie haben das Wort, wenn Sie denn möchten!

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Vielen Dank für Ihre geschmeidigen sieben Fragen, die gerade um die Ecke geflogen kamen! Ich fange mal an. Die erste Frage war ja zur Kultur- und Kreativwirtschaft. Natürlich ist das so, dass es durch den Ressortzuschnitt, das haben Sie ja richtigerweise angemerkt, durchaus Überschneidungen bzw. unterschiedliche Zuständigkeiten gibt. Ich habe das an Hand des Beispiels „Listen to Berlin Awards“ ja auch vorhin schon ganz klar dargestellt, dass wir mitgestalten. Und in diesem Mitgestalten war ja schon impliziert, dass Franziska Giffey's Ressort da ebenfalls mitinvolviert ist. Damit haben wir eigentlich auch einen ganz realen Fall. Die Verheiratung ist in diesem Fall ist total real, wir machen den „Listen to Berlin Awards“ in diesem Kontext zusammen. Das ist für mich nur ein Anfang, weil gerade zwischen unseren beiden Ressorts, also Wirtschaft und Kultur, gibt es so viele Überschneidungen, die von den Menschen da draußen nicht als solche gesehen werden. Ich glaube, wir tun gut daran, im Dialog miteinander zu bleiben und zu schauen, wo können wir tatsächlich Schnittmenge identifizieren. Wenn es um finanzielle Ausstattung geht, dann weiß keiner in diesem Raum besser Bescheid, dass es für uns ganz gut ist, wenn wir möglicherweise mit dem Wirtschaftsressort zusammengehen, weil da sind die Mittel, glaube ich, noch mal anders aufgestellt, nichtsdestotrotz sind wir demnächst verabredet, um die Möglichkeiten auszuloten, wie wir zukünftig besser zusammenarbeiten können. Das ist auch ein erklärtes Ziel in der Koalition. Wir treffen uns und werden schauen, wie das in der Praxis umgesetzt werden kann. Insofern kann und möchte ich da jetzt nichts vorgreifen.

Der zweite Punkt war das Musikschulgesetz und warum das nicht Musikfördergesetz heißt. Wenn Sie erlauben, würde ich diesen zweiten Punkt gern an Herrn Rehders rüberflanken. – Bitte schön!

Helge Rehders (SenKultGZ): Dazu kann ich gern etwas sagen. Es ist ein bisschen ähnlich wie beim Bibliotheksgesetz, dass wir uns insbesondere das Zusammenspiel zwischen der Ebene der Hauptverwaltung und der bezirklichen Verwaltung angucken. Das ist auch der tie-

fere Grund gewesen, weswegen wir uns mit dem Musikschulgesetz auf den Weg gemacht haben. So war es auch in der alten Koalitionsvereinbarung festgelegt, und so ist es auch in der neuen formuliert. Das ist nicht ein Musikfördergesetz, das würde ein weitaus umfassenderes Projekt werden, sondern es geht wirklich darum, das Verhältnis zwischen Bezirks- und Hauptverwaltung in diesem sehr spezifischen Feld, in dem es ja keine Landesmusikschule, sondern nur bezirkliche Musikschulen gibt, auf eine verlässliche Grundlage zu stellen.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Vielen Dank, Herr Rehders! – Dann haben Sie eben noch die tariflichen Regelungen angesprochen. Tja, als ehemaliger Finanzsenator wissen Sie natürlich, in was für einem Film wir gerade stecken. Es ist natürlich unser Ansinnen, dass wir sowohl die Tarifentwicklungen ebenso wie die Mindesthonorare in die Haushalte miteinpreisen. Ich kann Ihnen ein bisschen aus dem Nähkästchen verraten, dass wir da in den Erstgesprächen schon mehrere Runden gedreht haben und wirklich hart dafür kämpfen, dass es kommt. Das ist jetzt nicht etwas, was gerade einfach ist. Ich glaube, das werden Ihnen meine Kolleginnen und Kollegen auch bestätigen können, aber das ist etwas, was wir mitgenommen haben und tatsächlich versuchen umzusetzen. Wir müssen mal schauen, wie das weitergeht.

Der nächste Punkt ist Exzellenz. Ja, ich habe natürlich die Hochkultur in puncto Exzellenz benannt, ich habe Daniel Barenboim benannt – ja, natürlich, weil das auch so ist. Sie haben auch recht, wenn Sie fragen: Gibt es noch mehr? – Natürlich! Ich habe im Zusammenhang mit den Uferhallen sogar öffentlich erklärt, dass es dort mit einer Katharina Grosse, einer Monica Bonvicini, John Bock und wie sie alle heißen, die Künstler von Weltrang, die dort arbeiten, wo wir jetzt versuchen, mit der Unterstützung meiner Staatssekretärin Sarah Wedl-Wilson diese Räume zu sichern, natürlich um Exzellenz geht, die die dieser Stadt nicht abhandengekommen darf. Insofern ist für mich ist die Breite der Exzellenz nicht nur an der Hochkultur einer Staatsoper Unter den Linden bis zu den Uferhallen festzumachen, Exzellenz ist auch bei den Volksfesten. Das müssen wir verstehen. Exzellenz ist das, was diese Stadt in ihrer ganzen Breite ausmacht, was die Herzen der Menschen zum Klingen bringt, aber verbunden mit einem Anspruchsdenken. Das ist mir persönlich wichtig.

Dann kamen Sie zu der nächsten Frage: Kulturraum gGmbH oder BIM? – Das ist ja die große im Raum stehende Frage. Vielleicht kann ich da noch mal Herrn Rehders bemühen?

Helge Rehders (SenKultGZ): Sie haben ja genau den Finger in der Wunde, Herr Wesener, die Frage ist natürlich, wer am Ende steuernden Einfluss auf die für Berlin und die Kunstszene Berlins ja enorm wichtigen Frage der räumlichen Infrastruktur hat. Ja, wir haben auch schon erste Gespräche mit der BIM geführt. Die waren jetzt ebenso überrascht und sagen noch mal deutlich, dass die Rollenverteilung zwischen der Kulturraum gGmbH, die in dieser Konstellation ja vor allem die Nutzervertretung macht, und der BIM als vor allem Vermieterin dieser Landesprojekte, ein bisschen schwierig wird, wenn man das miteinander vermischt. Ich denke, da sind wir ganz am Anfang und schauen, wie wir da zu einer sinnvollen Lösung finden.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ): Zum nächsten Punkt – Stichwort Kolonialismus –: Wir sind da gerade mit dem Stadtmuseum und verschiedenen Trägern im Gespräch. Eines kann ich aber sagen, dass wir da absolut der Meinung sind, dass Berlin der richtige Ort dafür ist und nicht Hamburg – process ongoing.

Dann zur letzten Frage: ZLB. Wir sind gerade in Gesprächen. Es ist nichts in Stein gemeißelt. Es ist natürlich so: Die Situationen sind da; wir werden innerhalb unserer Koalition diskutieren, aber diese Diskussionen auch ausweiten. Aber ich glaube, dass jetzt mit einem neuen Senat erlaubt sein darf, vielleicht auch mal andere Gedankengänge mitzueruieren und das nicht nur in der Kontinuität zu verwalten. Das möge man bitte zugestehen. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Herr Senator! – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben – ich greife das Wort „geschmeidig“ von Ihnen mal auf, Herr Senator – die Punkte 3 a und 3 b sehr geschmeidig miteinander verwoben. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, sehe ich keinen weiteren Besprechungsbedarf. Vor dem Hintergrund schlage ich vor, die Besprechungen für abgeschlossen zu erklären. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann wollen wir so verfahren.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0122](#)
Kultur in Stadtentwicklung und Stadtplanung – KultEnDe
Instrumente, Bedarfe, Beteiligte (Step Kultur)
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0191](#)
Stadtplanerische Instrumente zur gesamtstädtischen KultEnDe
Verbesserung der kulturellen Versorgung
(Stadtentwicklungskonzept Kultur, Kulturkataster
u. a.)
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Zu diesem Punkt begrüße ich recht herzlich Herrn Tonndorf. Er ist für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zuständig. Er ist Referatsleiter der Abteilung 1 A und damit für die Stadtentwicklungsplanung zuständig. Herzlich willkommen! Möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oder die Fraktion Die Linke den Besprechungsbedarf zu TOP 4 a begründen? – Frau Dr. Schmidt!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das kann ich ganz kurz halten, weil sich das natürlich auch auf die Richtlinien der Regierungspolitik bezieht, wo ja darauf verwiesen wird, dass der Senat die Steuerungsinstrumente der Stadtentwicklung im Bereich der Kultur ausbauen und dafür ein Stadtentwicklungskonzept Kultur inklusive Kulturkataster erarbeiten wird.

Wir wissen, dass die Konkurrenz um Räume immer größer wird, und da geht es ja nicht nur um das Arbeitsraumprogramm, sondern auch darum, dass wir natürlich erwarten, dass bei der neuen Entwicklung von Stadtquartieren und bei Neubau die Kultur immer mitgedacht wird, gerade weil die Konkurrenz um Räume so groß ist. Da würden wir ganz gern auf dem Weg die Debatte führen, welche Instrumente hierbei angedacht sind, um tatsächlich Kultur in dieser Entwicklung manifest zu platzieren, ob das jetzt über feste Quoten oder wie auch immer ist. Wenn wir uns hier auf dem Weg einig sind, bedarf es fester Instrumente, um Kultur tatsächlich in der Stadtentwicklung und der Stadtplanung künftig mehr als bisher mitzudenken.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Möchte die Fraktion der CDU oder die Fraktion der SPD TOP 4 b begründen? – Frau Kühnemann-Grunow, Sie haben das Wort!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann mich meiner Vorrednerin, Frau Schmidt, insofern anschließen, als dass wir auch schon bei dem vorhergehenden Besprechungspunkt des Öfteren das Thema Räume als wirklich knappes Gut in der Stadt angesprochen haben. Deshalb nur zur Konkretisierung, dass wir bei den Koalitionsverhandlungen natürlich über stadtplanerische Instrumente zur gesamtstädtischen Verbesserung der kulturellen Versorgung gesprochen haben. Uns geht es natürlich darum, genau dem entgegenzuwirken, dass wir eine kulturelle Unterversorgung haben. Wir sind inzwischen ein Stück weiter als das in den Diskussionen immer gesagt wird, dass ein StEP Kultur, so wie wir ihn uns gedacht haben, nicht das richtige Instrument ist, weil er andere Dinge adressiert und andere Größenordnungen berücksichtigt. Wir haben insgesamt 17 neue Siedlungsgebiete in der Stadt, die entwickelt werden. Wir haben StEP Wohnen, wir denken über soziale Infrastruktur nach, wir bauen Kitas, Schulen, aber es ist uns selbstständig auch wichtig, dass die kulturelle Infrastruktur mitwächst, dementsprechend der Besprechungspunkt 4 b noch mal zur Konkretisierung an dieser Stelle. Und wir freuen uns sehr darüber, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen unserem Wunsch gefolgt ist, dass wir hier substantiell darüber sprechen können, nicht ob, sondern wie wir gemeinsam weiterkommen, wenn wir Stadtquartiere gemeinsam entwickeln. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Möchte der Senat eine einleitende Stellungnahme abgeben? – Herr Tonndorf, ich freue mich über Ihre Meldung!

Thorsten Tonndorf (SenSBW): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde gern in meinem Statement sieben Punkte und eine kleine Vorbemerkung ansprechen. Ganz selbstverständlich: Soziokulturelle Angebote sind wichtige Bausteine einer integrierten Stadtentwicklung. Quartiere – gewachsene wie neue – brauchen neben Wohnen, Arbeitsplätzen, Einkaufen, Grün, soziale Infrastruktur soziokulturelle Angebote. Sie machen vielfach das Salz in der Suppe von den Quartieren aus, da tatsächliche Qualitäten entstehen können. Die Bandbreite von kulturellen Einrichtungen ist ja bekanntermaßen sehr groß: Theater, Bibliotheken, Ateliers, Offkultur, Clubs, Kreativwirtschaft. Das alles haben wir ja auch heute schon als Stichworte gehört, und die Standortbedingungen dieser verschiedenen Themen sind ganz unterschiedlich. Stadtplanung unterstützt auch schon heute diese unterschiedlichen Themen der Kultur in verschiedenster Art und Weise. Denken Sie stichwortartig nur an die Nachnutzung des Flughafens Tempelhof, „Neue Mitte Tempelhof“, Haus der Statistik, die Initiative Urbane Praxis. Da gibt es ganz viele Verknüpfungen, wo es eine gute Zusammenarbeit gibt.

Aber heute ist die gesamtstädtische Stadtplanung, ein Stadtentwicklungsplan bzw. ein Stadtentwicklungskonzept gefragt. Zur Einordnung: Der Begriff Stadtentwicklungsplan ist im Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch definiert: gesamtstädtisch, mittel- bis langfristiger Zeithorizont, strategisch, räumlich, rahmensetzend, den FNP konkretisierend. Das heißt, es ist kein Maßnahmenplan, kein Managementinstrument, sondern er gibt eine langfristige Orientierung. Er hat also keine unmittelbare Wirkung, aber er wirkt in Verbindung mit anderen Instrumenten – und teilweise ziemlich gut. Stadtentwicklungsplan Wohnen: Wo sollen künftig neue Wohnquartiere in Stadtquartieren entstehen? – Zentren: an welchen Stellen kann der großflächiger Einzelhandel realisiert werden und wo nicht? Wo kann den Investoren klar gesagt werden wo nicht? – Beim Stadtentwicklungsplan Wirtschaft: Welche Gewerbebereiche sollen vor Umnutzung geschützt werden? – Beim Klima: In welchen Bereichen müssen wir uns um Hochwasserschutz kümmern? In welchen Bereichen ist Klimaanpassung prioritär besonders herausragend?

Sie merken an dieser Auflistung, dass es da eher um Themen geht, die in einer Grobkörnigkeit sind, die dem Maßstab der Gesamtstadt gerecht wird, und wo die eine oder andere Einrichtungsart durch einen Stadtentwicklungsplan nicht so gut abgebildet und auch nicht sachgerecht dargestellt werden kann, wenn es um kleinräumige Standorte geht. Das ist auch der Grund, warum wir keinen Stadtentwicklungsplan Sport, keinen Stadtentwicklungsplan Kita oder Schule haben. Die Standortplanung für diese Art der Einrichtungen erfolgt durch die Bezirke.

Zweiter Punkt: Vor etwa zehn Jahren hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gemeinsam mit den Bezirken ein neues räumliches Planungssystem für die wohnortnahe Versorgung geschaffen, originär für die wohnortnahe Versorgung der Daseinsvorsorge. Ausgangspunkte waren damals natürlich Kita, Schule und Sport, aber von Anfang an haben wir mitgedacht, es braucht mehr, damit eben die wohnortnahe Daseinsvorsorge in den Quartieren gewährleistet wird. Wir müssen auch zum Beispiel genau an die Themen denken, die heute schon angesprochen worden sind – Musikschulen, Bibliotheken –, und haben dieses in dem Instrument auch verankert.

Kleine Zwischenbilanz nach zehn Jahren: Ja, das Instrument läuft richtig gut. Alle zwölf Bezirke sind dabei. Wir werden schrittweise besser, es gibt bessere planerische Grundlagen. Das ganze System ist in der Zwischenzeit nicht nur von den zwölf Bezirken umgesetzt und jeweils immer in der Konkretisierung, sondern es gibt dazu auch einen Senatsbeschluss, der die verschiedenen Senatsressorts miteinander committed, eine gemeinsame Arbeit an dem Thema zu machen, um so den Bezirken eine gute Grundlage zu geben.

Das ist die Strategie integrierte Infrastrukturplanung, die damit dann eine Grundlage ist, und die wir auch in dieser Legislaturperiode weiterentwickeln wollen. Eine gute Gelegenheit, vielleicht noch mal das Thema Bibliotheken und Musikschulen oder noch andere Einrichtungen stärker in den Vordergrund zu stellen.

Fachplanung Bibliotheken und Musikschulen: Die haben sich ja in den letzten Jahren richtig gut auf den Weg gemacht, um da gut mitzuwirken, also sich immer besser einzubringen. Sie haben Richtwerte und Orientierungswerte erarbeitet. Das ist aus meiner Sicht, aus unserer Sicht ein sehr guter Prozess, wie es um weit mehr geht als nur Schule, Kita und Sportanlagen. Der Kontext ist uns allen bekannt: Es geht in der Regel um landeseigene Flächen, und die

sind sehr knapp. Da gibt es eben schon ein hartes Ringen darum, welche Nutzungen können wie verbunden werden und ob unter Umständen Mehrfachnutzungen in dem Zusammenhang helfen können. Und der finanzielle Spielraum ist begrenzt.

Aus den Ausführungen wird deutlich, der SIKo-Ansatz greift nur für einen ganz kleinen Teil der kulturellen Einrichtungen. Denken Sie zum Beispiel an Clubs, für die passt das gar nicht. Aber zur Erinnerung: In den letzten Jahren ist es gelungen, auch über das klassische Instrument des Baugesetzbuches der Bebauungspläne den ein oder anderen Standort erfolgreich zu sichern. Die Columbiahalle und Clärchens Ballhaus fallen mir in dem Zusammenhang ein. Gleichwohl wird man da für die Vielzahl von Standorten an Grenzen kommen. Die Emissionsschutz Thematik ist da so dominant, dass man allein mit stadtplanerischen Instrumenten nicht weit kommt. Es kommt auf eine gute Kombination der Instrumente an.

Vierter Punkt: Im Hinblick auf die Beeinflussung von Mietpreisen – Stichwort Ateliers, Freie Szene usw. – hat die Stadtplanung nur sehr begrenzte Mittel. Im Einzelfall kann es durchaus hilfreich sein, mit einem Bebauungsplan die richtige Strategie anzuwenden und dort flankierend zu anderen Taktiken zu arbeiten. In der Breite wird das nicht wirken, um Standortsicherungen für die Freie Szene, für Ateliers zu machen, weil Stadtbebauungspläne eher auf größere Flächen orientiert sind. Auch da muss man sehr realistische Einschätzungen zu dem, was ein stadtplanerisches Instrument kann, haben.

Aus meiner Sicht bleibt ganz wichtig: die Liegenschaftspolitik. Die Liegenschaftspolitik ist ein ganz zentrales Thema, um bei dem Thema bessere Versorgung mit kultureller Infrastruktur unterschiedlichster Ausstattungen weiterzukommen.

Mein Zwischenfazit: Kultur ist ein breites Themenfeld, das bei den einzelnen Kulturarten ganz unterschiedliche differenzierte Ansätze und Analysen braucht. Wir brauchen ganz unterschiedliche stadtplanerische Ansätze, damit wir im Einzelfall dann doch wirksam werden können. Wir brauchen zu den stadtplanerischen Möglichkeiten eine realistische Einschätzung, insbesondere auf gesamtstädtischer Ebene, zu welchem Thema auf gesamtstädtischer Ebene ein tatsächlicher Beitrag geleistet werden kann und wo es wirklich um den Einzelfall geht, wo dann Stadtplanung, Kulturpolitik gut unterstützen kann.

Sechster Punkt: kleiner Ausblick, Blick nach vorn: das Kulturkataster. Das bietet, glaube ich, wirklich eine gute Chance, um in der Analyse mit der Differenzierung der unterschiedlichen Kulturarten für die einzelne Teilbereiche weiterzukommen, um auf dieser Grundlage dann weiterarbeiten zu können. Eine gute Analyse war schon immer eine gute Grundlage dafür, die richtigen Strategien und Konzepte zu entwickeln; und hier ist es, weil wir da auch relativ am Anfang sind, ganz wichtig, dieses Kulturkataster mit den anderen Monitoringsystemen zu verknüpfen, zum Beispiel mit dem Monitoringsystem für soziale Infrastruktur auf Bezirksebene und mit der Gesamtstadt im Sinn, sodass diese Verknüpfung gut mitgedacht wird.

Bezüglich eines Ausblicks, wie es aus meiner, aus unserer Sicht weitergeht, sagt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen: Der Diskurs mit der Fachplanung Kultur und den einzelnen Teilbereichen ist sehr wichtig, um einzuschätzen, für welche Teilbereiche es wirklich Sinn macht, auf der gesamtstädtischen Ebene mit entsprechenden Konzepten, entsprechenden Stadtentwicklungsstrategie oder Leitsätzen zu arbeiten, und in welchen Fällen ist es besser zu sagen: an die Diskussion anknüpfen, um die Strategie integrierte Infrastruk-

turplanung mit bezirklichen Antworten, wie sie in den sozialen Infrastrukturkonzepten für Bibliotheken entstehen – in welchen Bereichen ist es eine einzelfallbezogene Unterstützung oder sind es konkrete Projekte. Dazu braucht es eine gute fachliche Auseinandersetzung und unter Umständen im Einzelfall auch eine Schärfung der fachpolitischen, der kulturpolitischen Ziele, um ein gutes Verständnis dafür zu gewinnen, wo Stadtentwicklung Kulturpolitik unterstützen kann und auch umgekehrt. Es ist ja das Ziel der Stadtentwicklung, Kultur stärker in den Quartieren anzuwenden.

Das waren ein bisschen einführend die sieben Punkte, die mir wichtig sind. Einen Stadtentwicklungsplan Kultur halten wir für zu breit, der würde falsche Erwartungshaltungen in der Steuerung erwecken. Für ein Stadtentwicklungskonzept Kultur bräuchte es noch eine gute Überlegung, für welche Teilbereiche er sich konzentrieren sollte und auf welche weniger. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Herr Tonndorf! – Zum Thema Kulturkataster wollte Herr Rehders noch ein paar Ausführungen machen.

Helge Rehders (KultGZ): Weil vorhin die Frage, ich glaube von Ihnen Frau Kühnemann-Grunow, noch mal gestellt wurde, wie es denn eigentlich um das Projekt Kulturkataster steht, das ja auch eine Übernahme aus dem letzten Koalitionsvertrag ist, ich finde mit gutem Recht. Wir haben die Mittel im letzten Haushalt erstmals zur Verfügung gehabt, haben die Kulturraum gGmbH gebeten, uns dazu ein Konzept vorzulegen. Im Januar, Februar, März sind die entsprechenden Beteiligungsformate gelaufen – breit an alle Beteiligten, ebenenübergreifend, ressortübergreifend und tatsächlich auch an andere Bereiche, nicht nur im öffentlichen, sondern auch zivilgesellschaftlichen und im privaten Bereich. Das war also ein komplexer Prozess. Wir haben einen ersten Vorabzug dieses Entwurfs auf dem Tisch und werden uns jetzt gemeinsam mit der Kulturraum gGmbH ransetzen, daraus auch eine Umsetzungsplanung zu machen.

Was ist das Ziel dieses Kulturkatasters? Wir reagieren natürlich ganz wesentlich auf diese verheerende Situation auf dem Immobilienmarkt, die dazu führt, dass nicht nur Künstlerinnen und Künstler, sondern auch Kultureinrichtungen in der Stadt ihre Räume verlieren. Wir wissen, dass das nicht nur ein Thema des Kulturbereichs, sondern, wie mir der Kollege aus dem Bereich Engagement gerade noch mal sagte, natürlich auch in dem Bereich – über das Engagementhaus haben wir schon geredet – und im Kirchenbereich übrigens auch.

Das ist der Versuch, zunächst einmal einen Überblick zu bekommen, was es eigentlich in der Stadt gibt und welche Arten von aktuell genutzten Flächen wir haben, die zunächst einmal einer Wahrnehmung, dann eines Monitorings bedürfen, natürlich mit dem Ziel, sie zu sichern mit den wunderbaren Instrumenten, die Herr Tonndorf in seinem Haus betreibt – mit schön klingenden Namen wie SoFIS und ALKIS und dergleichen –, gut miteinander zu vernetzen, sodass wir daraus ein wirkliches Instrument gebaut bekommen, das uns digital, möglichst aktuell und vernetzt eine evidenzbasierte Grundlage für unser Handeln an der Stelle bietet. Das ist das Ziel. Wir haben auch schon vereinbart, dass wir das Thema, was ein Stadtentwicklungskonzept für den Kulturbereich sein könnte, und nicht nur die Themen, die die soziale Infrastrukturplanung, die mit den Bezirken läuft, in den Blick nehmen, die, die eher zentral laufen, also insbesondere die Themen Arbeitsräume, Clubs und betriebsnotwendige Infrastrukturen von Kultureinrichtungen – ich denke an Probebühnenzentren, Zentraldepots und

dergleichen –, wie wir dafür ein Instrument in die Hand bekommen, damit wir dort erfolgreicher als bisher aktiv werden.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Bevor ich Frau Dr. Schmidt und dann Frau Billig das Wort erteile, ist von Frau Kühnemann-Grunow der Antrag gestellt worden, dass wir auch über diese beiden Tagesordnungspunkte ein Wortprotokoll anfertigen. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, dann wollen wir das zu tun. – Vielen Dank, dann haben wir darüber Einvernehmen hergestellt. Dann möchte ich jetzt Frau Dr. Schmidt das Wort erteilen. – Bitte schön!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Ausführungen zu diesem Punkt an Sie beide! Herr Tonndorf und Herr Rehders, ich würde gern drei Dinge aufgreifen. Zum einen haben Sie bei der Stadtplanung auch das Thema Umnutzung bestehender Immobilien angesprochen. Hier würde ich gern eine Erwartung und einen Wunsch an den Senat herantragen, nämlich, dass wir nicht zum dritten Mal eine Untersuchung machen müssen, warum Tempelhof nicht die geeignete Immobilie für die ZLB ist. Trotz des Wunsches nach vorn und innovativ zu gucken, gibt es Dinge, die untersucht worden sind, wo Problemimmobilien mit dem Wunsch, sie gut und innovativ zu füllen, auch für verschiedene Nutzungen untersucht worden sind, und ich glaube, die dritte oder vierte Untersuchung brauchen wir an dieser Stelle nicht. Das betrifft nicht nur Tempelhof, da gibt es noch weitere Beispiele. Vielleicht ist ja nicht alles schlecht, was vorher gelaufen ist, zumindest die Verwaltung hat sich ja nicht verändert. Ich gehe mal davon aus, dass Sie auch zu vielen Dingen stehen, die bisher gelaufen sind. Auf guten und fundierten Dingen kann man ja auch aufsetzen, dazu gehört das Thema der Problemimmobilien in dieser Stadt und wie wir sie nutzen, gegebenenfalls auch für Kultur. Darüber sollten wir auch breiter nachdenken, gerade in der Verantwortung der Stadtplanung.

Sie haben das Thema Mehrfachnutzung angesprochen, und wir haben über die Konkurrenz der Räume gesprochen, das steht überhaupt nicht in Frage. Aber ich glaube, wo wir tatsächlich noch innovativ miteinander über Konzepte nachdenken können, ist das Thema, wie bestehende Immobilien, die ja schon für kommunale Daseinsvorsorge genutzt werden, auch innovativ für Kultur genutzt werden können, Beispiel Schule. Wir haben analog zur Sportanlagenutzungsverordnung ja auch eine Initiative zur Kulturraumnutzungsverordnung. Ich würde mir wünschen, dass wir bei dem Thema Mehrfachnutzung von Schule, auch für Amateurmusik und dergleichen, ein Stück vorwärtskommen. Die SPAN liegt vor. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir da das Rad nicht neu erfinden müssen, sondern gucken können, welche Bedingungen sind geeignet, um sie auch in diesem Bereich zu übernehmen, weiterzuentwickeln, um gerade den Amateurkünstlerinnen und -künstlern und den freien Künstlerinnen und Künstlern mehr Möglichkeiten zu geben. Die Schulen sind da, sind nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt genutzt und stehen dann frei. Auch die Musikschule nutzt ja schon Räume in diesem Feld. Ich würde mich freuen, wenn wir da ein Stück vorwärtskommen und dazu auch mit dem Bereich Stadtentwicklung und Stadtplanung verbindliche Standards verabredet könnten.

Dann komme ich zum dritten Punkt: Sie haben gesagt, ein Stadtentwicklungsplan Kultur wäre zu weit –, aber es braucht Alternativen, nicht nur das Wollen, sondern verbindliche Standards – bei der Umnutzung oder Mehrfachnutzung, aber vor allem auch bei der Planung neuer oder bestehender Stadtquartiere –, in welchem Umfang Kultur dort stattzufinden hat. Es ist an an-

deren Punkten gelungen, und es muss uns auch im Bereich Kultur gelingen, nicht nur eine Willensbekundungen zu äußern, sondern wirklich verbindliche Standards festzulegen, was wir an Kultur in den jeweiligen Quartieren brauchen. Da ist es nicht nur eine Galerie, eine Atelierwohnung oder vielleicht die Bibliothek, sondern da gilt es für mich, zum Beispiel die Menschen vor Ort zu beteiligen, welche Kultur es an diesem Standort braucht. Da ist es vielleicht auch möglich, gerade im Zusammenhang mit dem Thema Nachhaltigkeit, über Dinge nachzudenken, ob uns beispielsweise auch mal ein gemeinsamer Fundus gelingt, auf den alle Theater und alle Bühnen zurückgreifen können, ohne dass für jede Theatervorstellung alles neu produziert werden muss. Auch das ist ein Thema. Da würde ich mir wünschen, das ist auch meine deutliche Erwartungshaltung, dass wir da aus dem Wollen heraus- und hin zu verbindlichen Standards kommen.

Diese drei Punkte möchte ich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit herausgreifen, da wir mit Sicherheit das Thema auch noch weiter vertiefen werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Frau Abgeordnete Billig!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Daran kann ich wunderbar anknüpfen. Ich war aber an einem gewissen Punkt bei Herrn Tonndorf sehr überrascht, als mehr zum Schluss Ihres Redebeitrags herauskam, dass Sie gar nicht der begeisterte Anhänger des StEP Kultur sind. Vielleicht hatte ich es auch am Anfang nicht mitbekommen, aber am Schluss wurde es dann auf jeden Fall sehr klar. Ich muss gestehen, dafür habe ich eine gewisse Sympathie, zumindest haben wir uns auch schon intensiv die Frage gestellt, ob uns der StEP Kultur überhaupt einen Schritt weiterbringt, auch vor dem Hintergrund, dass wir schon eine ganze Menge an StEPs in dieser Stadt haben und ich immer wieder den Eindruck habe, dass wir eine sehr große Energie in diese Stadtentwicklungspläne hineinstecken, um sie dann hinterher irgendwo abzuheften und ich häufig das Gefühl habe, dass es dann in der Praxis gar nicht mehr so eine große Rolle spielt.

Trotzdem muss das Ziel natürlich sein, dass wir uns überlegen – in den neuen Stadtquartieren, auch das kam zur Sprache, aber auch in den Bestandsquartieren –, wie viele kulturelle Institutionen wir denn da eigentlich brauchen, was unser Mindeststandard ist. Das geht dann wirklich von Clubkultur bis zur Bibliothek. Wir haben einfach diese Vielfalt in Berlin, die wir natürlich auch komplett abbilden wollen. Natürlich muss nicht jede Institution in jedem Kiez vorhanden sein, aber es ist schon wichtig, dass alles für diejenigen, die Kultur genießen möchten, erreichbar ist. Das ist dann eine Frage von Inklusion und Teilhabe. Trotzdem stellt sich natürlich die Frage, wir haben schon so viele Dinge, wie Kulturkataster, die SIKos, die auch angesprochen wurden, reicht das? Ist es das, womit wir weiterkommen? Oder ist es nicht andererseits genau dieser StEP Kultur, der das Ganze zusammenbinden könnte? Das ist die Frage, die ich mir schon häufig gestellt habe und von der ich mir vielleicht von der Senatsverwaltung kleine Hinweise erwarten würde, ob Sie sich da schon mal überlegt haben, ob das der Mehrwert eines solchen StEP Kultur nicht auch sein könnte.

Ein weiterer Punkt, der in gewisser Weise mit dem Kulturkataster mit angesprochen worden ist: Wir haben ja sehr häufig das Problem, dass Kulturinstitutionen mit Räumlichkeiten, aber auch Institutionen, die Engagement und Demokratieförderung machen, sehr plötzlich ihre Räumlichkeiten verlieren, ohne die Räumlichkeiten eigentlich vor dem Nichts stehen und wir als Land Berlin, als Parlament und auch die Senatsverwaltung relativ wenig dafür tun können.

Dafür hatten wir uns im letzten Haushalt – wir hatten das sogar unterlegt – ein Instrument überlegt: die Taskforce für bedrohte Räume, die immerhin 2023 im Einzelplan 13 auch mit 150 000 Euro ausgestattet gewesen ist – also im Einzelplan für Stadtentwicklung nicht für Kultur, weil wir da natürlich auch gesehen haben, dass da eine ganz enge Schnittstelle ist und wir hier eine Schnittstelle für diese Notsituation, für Arbeitsräume, für Räume für Treffpunkte und Veranstaltungen schaffen wollten, da wir gesehen haben, dass die Raumnot das Grundproblem vieler Kulturveranstaltungen und -veranstalter ist. Jetzt die Fragen auch noch mal an den Senat: Ist das benutzt worden? Ist es umgesetzt worden? Hat sich damit vielleicht die Kultur, in dem Interesse Räume zu schaffen, zu erhalten, auszugleichen, auch schon beschäftigt? Und wäre das nicht möglicherweise ein Lösungsweg, um auch diese Verdrängungsmechanismen von Clubs und Kulturorten ein bisschen abzuschwächen? Könnte das möglicherweise in Verbindung mit dem Kataster genutzt werden? Sollten da noch für 2023 Gelder frei sein, gibt es eine Idee, was mit diesem Geld 2023 passieren sollte? Und kann man das möglicherweise in einen Prozess einspeisen? – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank! – Da ich keine weiteren Wortmeldungen mehr sehen, würde ich als Letzte auf der Redeliste Frau Kühnemann-Grunow das Wort erteilen.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich wollte mich gerade schon beschweren, aber ich bin ja noch auf der Redeliste, wunderbar! – Ich muss ganz kurz zu Daniela Billigs Frage, ob nach anderen StEPs gehandelt wird, sagen: Ich gehe schon davon aus, dass, wenn man einen solchen Stadtentwicklungsplan, in welchem Bereich auch immer, aufsetzt, dem entsprechend auch gefolgt wird. Ich habe jetzt aber verstanden – vielen Dank für diesen sehr dezidierten Beitrag! –, dass wir die verschiedenen Monitoringsysteme noch mal dezidiert angucken sollten. Es ist mir völlig klar, dass das Kulturkataster eine erste Analyse ist und wir dann auch eine Darstellung der kulturellen Unterversorgung haben. Das ist noch einmal wichtig.

Ich habe noch nicht so richtig verstanden, was Sie genau damit meinten, dass der StEP Kultur, wenn man ihn denn als Instrument umsetzen würde, als Sie sagten, der ist zu „breit“ oder zu „grobkörnig“. Sie haben auf der anderen Seite ja auch die Flächennutzung angesprochen, und in diesen Bereich wollen wir ja rein.

Das Letzte wäre: Ein Stadtentwicklungsplan Kultur hätte eine Rechtsverbindlichkeit. Wie bekommt man das mit einem Stadtentwicklungskonzept hin, dass wir auch eine gewisse Rechtsqualität haben? Es geht doch ein Stück weit darum, dass wir Quoten für Räume brauchen. Wie können wir es unter den Umständen so verbindlich machen, dass sich dann auch Bauherren daran halten müssen? – Das ist im Nachgang für uns noch mal wichtig.

Ansonsten müssen wir uns die einzelnen Systeme noch mal genauer angucken und schauen, wie die aufeinander passen. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Ich will fragen, ob sich Herr Tonndorf noch einmal zur Beantwortung zu Wort melden möchte. – Ich sehe, das ist der Fall.

Thorsten Tonndorf (SenSBW): Die Steuerungsmöglichkeiten eines Stadtentwicklungsplans konkret am Beispiel des Stadtentwicklungsplans Zentren, das könnte ich genauso für Wirtschaft oder Wohnen machen. Wir haben nach dem Stadtentwicklungsplan Zentren eine ganze Reihe von stadtplanerischen Instrumenten auf der Ebene der Bezirke nachgeordnet, die dafür sorgen, dass unser Ziel, die polyzentrale Stadt, die Stärkung der Bezirkszentren, der Ortszentren bei der Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel befolgt werden. Wir monitoren das auch und können sagen: Da haben wir eine sehr hohe Erfolgsquote – großflächige Einzelhandelszentren, relevante Sortimente werden in den Zentren und nicht irgendwo in Berlin angesiedelt. Das haben wir schon einen großen Vorteil. Insofern haben wir bei dem Beispiel eine gute Wirksamkeit unseres Instruments. Genau das ist ein bisschen der Zweifel, den ich beim Thema StEP Kultur habe. Haben wir mit der räumlichen Planung, mit den Instrumenten der Stadtplanung und in der Breite der Herausforderungen, die wir dort haben, eine gute Antwort auf die Themen, die uns stadtplanerisch im Bereich der Kulturpolitik begegnen? Und ich glaube, wir haben sie nur für ein Teil von diesen Herausforderungen. Sie haben ein paar Themen benannt: Wie schaffen wir es, dass mehr Räume für die Kultur in die neue Stadtquartiere reinkommen? Sie haben das Thema Clubs benannt. Das sind, glaube ich, ganz unterschiedliche Dinge. Bei dem einen kann ich sagen: Ja, beim Thema Clubs habe ich große Zweifel, dass es uns gelingt, mit einem gesamtstädtischen Plan wirkliche Vorteile beim Schutz zu bekommen. Da braucht es einen guten Instrumentenmix mit der Wirtschaftsförderung. Über das Thema Richtwerte für neue Stadtquartiere lässt sich diskutieren. Das ist ein spannendes Thema: Lässt sich da nicht unter Umständen, weil ja auch die neuen Stadtquartiere sehr unterschiedlich sind, nicht eine gewisse Bandbreite identifizieren? Ich will also sagen: Wir brauchen da einen guten Diskurs mit den Kollegen der Kulturverwaltung, um dann zu eruieren, wo die fachpolitischen Ziele so geschärft werden könnten, dass wir dann stadtplanerisch gut arbeiten können. Ich kann da gar nicht allein die Antworten geben.

Beim Thema Musikschule und Bibliotheken haben wir das aus meiner Sicht wunderbar gemacht. Da haben zwei Systeme – die räumliche Planung mit der Fachplanung – richtig gut zusammengearbeitet. Jetzt gilt es zu eruieren, ob wir in anderen Bereichen besser werden können. Ich glaube auch, dass es bei diesem ganzen Thema ganz wichtig ist, dass wir diese etwas schwerfälligen Instrumente der Stadtplanung – bis Sie einen B-Plan festgesetzt haben, vergehen hier in Berlin mehrere Jahre – irgendwie gut mit Instrumenten kombinieren, die agil sind, die unter Umständen die Fachplanung zur Verfügung hat.

Zum Thema Urbane Praxis: Es ist richtig, dass es in unserem Haus, aber in einer anderen Abteilung verortet ist, da bin ich leider nicht aussagefähig.

Vorsitzender Peer Mock-Stürmer: Vielen Dank, Herr Tonndorf, für die Ausführungen seitens der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Wohnen und Bauen! – Und auch vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen von der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt! Da ich keinen weiteren Redebedarf mehr sehe, würde ich vor-

schlagen, die Besprechung für abgeschlossen zu erklären. – Ich sehe kein Widerspruch, dann machen wir das so. Damit haben wir TOP 4 a und 4 b abgeschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.